

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die Interessen der Arbeiterklasse.

Mit dem illustrierten Unterhaltungs-Blatt.

Die „Volkswacht“ erscheint täglich Abends außer Sonntag mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Weißgerbergasse 64, durch die Post und durch Colporteurs zu beziehen. Preis vierteljährlich 3,10 Mk., pro Woche 23 Pf. Postzeitungsliste Nr. 6683.

Inserationsgebühr beträgt für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum 20 Pfennige, für Vereins- und Versammlungsanzeigen 10 Pfennige. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 130.

Breslau, Dienstag, 6. Juni 1893.

| 4. Jahrgang.

Parteilosen! Wähler! Agitirt für unsere Kandidaten!

Breslau-Ost: Franz Tutzauer, Tischlermeister.

Breslau-West: Dr. Bruno Schoenlank, Redakteur.

Die Selbstenttarnung der Deutschfreisinnigen und ihr Zerfall.

B. G. Es ist erbaulich zu sehen, wie sich die verschiedenen deutschfreisinnigen Führer jetzt nach der Spaltung der Partei gegenseitig ihre Meinung sagen und wie die Partei selbst gleichzeitig mehr und mehr in ihre Bestandtheile zerfällt.

Einer der einflussreichsten der bisherigen deutschfreisinnigen Abgeordneten, Dr. Theodor Barth, der sich der nach rechts hin umgefallenen „Freisinnigen Vereinigung“ angeschlossen hat, schütet in einer der letzten Nummern seiner Wochenschrift: „Die Nation“ sein freisinniges Herz aus und giebt sich Mühe, seinen Entschluß, der Regierung die Militärvorlage zu appor-tiren, mit der höchst wünschenswerthen Rechtfertigung zu stützen.

Dabei kann er sich nicht enthalten, das Beharren der Mannen Eugen Richter's auf dem einmal eingenommenen Standpunkt, nämlich dem der Bewilligung des Rekrutencontingents innerhalb der jetzigen Friedenspräsenzstärke, ganz unverholen als vollkommen nutzlose Spiegelfechterei zu kennzeichnen. Er ist höchlichst ergrimmt darüber, daß Richter die Formel der Inne-

haltung der gegenwärtigen Friedenspräsenzstärke zu einem Parteidogma machen wollte und unterfängt sich, den Standpunkt des freisinnigen Parteipapstes so zu behandeln, als wäre das vollkommen sinnlos gewesen.

Man bleibt auf der Formel stehen, sagt er, „weil man dieselbe einmal verkochten hat und sich einredet, es sei ein Zeichen von Charakterfestigkeit, an jener Stelle stehen zu bleiben, an welcher man einmal gekämpft hat. Aber an sich ist diese Bewilligungsgrenze genau so willkürlich gezogen, wie jede andere, und deshalb kann keine volksthümliche Bewegung an diese Formel anknüpfen“.

Und nun verräth Herr Theodor Barth, daß er sehr genau weiß, was das Volk will und wie es allen Forderungen der Regierung, die sich auf den Militarismus und die Steuerpolitik der Regierung beziehen, feindlich gegenübersteht, weil es in seiner wirthschaftlichen Lage durch all dergleichen sich schwer geschädigt fühlt. Er fährt nämlich fort:

„Was etwa volksthümliches in dieser Formel steckt, läßt sich in den Schmerzensschrei zusammenfassen: Keine neuen Soldaten und keine neuen Steuern.“ Und Herrn Barth's Einsicht geht so weit, daß er noch die Versicherung hinzufügt: „Als die Militärvorlage zuerst auf der Bildfläche erschien, war die öffentliche Meinung

von diesem Gefühl so erfüllt, daß ein sofort veran-staltetes Plebiscit*) die Vorlage einfach weggeschwemmt haben würde.“

Nun aber lese und staune man über den toll-kühnen Gedankensprung, den jetzt der deutschfreisinnige Herr Barth fertig bringt: „Aber man müßte blind sein,“ meinte er, „wollte man nicht sehen, daß sich inzwischen ein — Umschwung — vollzogen hat.“

Der Umschwung ist natürlich nach der angeblichen Ueberzeugung des deutschfreisinnigen Umfallmannes zu Gunsten der Militärvorlage geschehen und bedeutet die bevorstehende Annahme der noch vor Kurzem durch den Schmerzensschrei des Volkes zurückgewiesenen Militärforderungen der Regierung.

Herr Eugen Richter antwortet auf diese Kritik seines Kampfes gegen die Militärvorlage und auf die Ankündigung des Umschwungs in der „Freisinnigen Zeitung“: mit dem Aussage in der „Nation“ und einem von demselben Umschwunggeiste dictirten Artikel der „Liberalen Correspondenz“ erreiche die freisinnige Vereinigung „wiederum den Anschluß an die nationalliberale Partei“. Das ist wieder solch ein Bekenntniß, welches den rein capitalistischen Charakter, der, wie bisher be-

*) Volksbeschuß.

In harter Schule.

Roman von Gustav J. mme.

28]

Nachdruck verboten.

Das junge Mädchen an ihrer Seite, in dem einfachen, aber duftigen weißen Kleide, mit der Kamelie im schwarzen, schlicht geschittelten Haar, als einzigen Schmuck ein schwarzes Sammetband um den Hals, in dem wie ein Thautropfen ein einziger Stein glänzte, war eine so vollendete Verkörperung kindlicher Unberührtheit, schuldbloser Unerfahrenheit, daß es Ulrich wie eine Lästerung vorkam, sie sich als die Heldin all jener Abenteuer vorzustellen, von denen ihm der Graf erzählt hatte.

„Ich bin vergeblich gekommen“, sagte er sich; „mein Onkel hat seine Damen heute nicht hergeführt, wahrscheinlich hat er die Loge Bekannten überlassen und wollte ein Zusammentreffen mit diesen vermeiden. Wer nur die Damen sein mögen? Gewiß die Frau und Tochter eines Grundbesizers aus der Provinz.“ Er strengte sich an, die im Hintergrunde der Loge befindlichen Personen zu erkennen, um vielleicht danach zu einem Schlusse über die Damen zu gelangen. Zerstreut theilte er seine Aufmerksamkeit zwischen der Bühne und der Loge, die Anziehungskraft der letzteren erwies sich aber als die stärkere, und als nach dem ersten Acte der Vorhang fiel, war Ulrich wieder so sehr in die Betrachtung seines Gegenüber verjunken, daß er beinahe erschrocken aufsprang, als ihm

einer der Kameraden die Hand auf die Schulter legte und sagte:

„Freiberg, Sie werden uns wohl endlich einmal Aufschluß geben können, wer die beiden Damen da drüben sind?“

„Ich?“ fragte Ulrich erstaunt. „Wie sollte ich? Ich sehe sie heute zum ersten Male und wollte mich soeben erkundigen, ob man sie kenne.“

„Nun, sie erscheinen doch allabendlich in Gesellschaft Ihres Onkels, des Barons v. Keina, drüben in dessen Loge“, versetzte ein Anderer. „Da ist es eine natürliche Voraussetzung, daß wir glauben, sie müßten Ihnen bekannt sein.“

„In Gesellschaft meines Onkels? Unmöglich!“ rief Ulrich, der sich völlig in Schwanken gerathen fühlte.

„Bitte sehen Sie doch nur hinüber, der Baron ist soeben an die Seite der jüngeren Dame getreten“, hieß es von mehreren Seiten.

Es war so. Aus dem Hintergrunde der Loge, in dem er sich bis dahin gehalten, war der Baron an die Brüstung gekommen und hatte sich neben die weißgekleidete junge Dame gesetzt. Er sprach zu ihr und sie hörte ihm allem Anschein nach mit Andacht und Bewunderung zu, denn die großen dunklen Augen hingen unverwandt an seinen Lippen, der kleine rötliche Mund war leicht geöffnet, so daß die Perlzähne sichtbar wurden.

„Ich kenne die Damen trotzdem nicht“, entgegnete Ulrich ziemlich abweisend dem Kameraden. Er wußte

nicht, was er denken sollte. Sah er da drüben wirklich die Französin vor sich, und daran konnte er bei der Anwesenheit seines Onkels doch kaum zweifeln, so mußte sich der Graf in einer Täuschung über sie befinden oder ihn absichtlich getäuscht haben. So sehr konnte der Schein nicht trügen.

Der zweite Act begann und Selica und Vasco entzückten und fesselten die Zuhörer, für Ulrich war aber die Afrikanerin nicht vorhanden, ihn beschäftigte allein das Räthsel ihm gegenüber.

Der Vorhang war kaum gefallen, so verließ er die Loge und ging hinüber, um seinen Onkel zu begrüßen. Der Baron hatte ihn bereits bemerkt und tam dem Eintretenden sehr freundlich entgegen.

„Das ist hübsch von Dir, Ulrich, daß Du mich aufsuchst“, sagte er, ihm die Hand schüttelnd, „ich freue mich, auf diese Weise Gelegenheit zu haben, Dich ohne alle Ceremonien mit mir sehr theuren Personen bekannt machen zu können.“ Er nahm ihn bei der Hand und sagte vorstellend: „Mein Nefse Ulrich von Freiberg, meine Braut, Mademoiselle de Barras, deren Tante und Onkel, Madame d'Arcourt und Oberst Bioienne.“

Ulrich verbeugte sich schweigend, er fand für den Augenblick keine Worte, Mademoiselle schlug ver-schämt die Augen nieder, Madame begrüßte ihn mit einem würdevollen Neigen des Hauptes, der Oberst aber ergriff seine Hand und sagte in biederem Tone:

„Seien Sie mir herzlich willkommen, Herr

Wähler! Parteigenossen!

Wirket mit aller Kraft dafür, daß unsere beiden Candidaten aus dem ersten Wahlgange als Sieger hervorgehen.

hauptet wurde, so vollstümlichen freisinnigen Partei enthüllt.

Da Herr Richter hier mit unseren oft geäußerten Behauptungen bezüglich des wahren Wesens der Deutschfreisinnigen vollständig übereinstimmt, so hat er gewiß Recht. Nichts unterscheidet sie, seine eigenen Genossen von gestern nämlich, in Militärfragen von dem Standpunkt des Herrn v. Bennigsen, so lautet diese seine Versicherung. „Die freisinnige Vereinigung wird danach künftig nur ein freihändlerischer Flügel des Nationalliberalismus sein.“

Da Herr Richter noch niemals versucht hat, anzugeben, durch welche Parteigrundsätze er sammt den Seinigen sich von jenem freihändlerischen Flügel des Nationalliberalismus unterscheidet, mit dem er noch in allerletzter Zeit an demselben Tische saß, und da der deutschfreisinnige Herr Theodor Barth constatirt, daß in dem Verhalten des Herrn Eugen Richter und seiner Mannen gegen die Militärvorlage kein principieller Unterschied zwischen der Gesinnung der Umschwungsmänner und der des anderen angeblich radicalen Flügels der deutschfreisinnigen Partei zu finden ist, so wird Jedermann als festgestellt anerkennen, daß die Freisinnigen überhaupt und im Ganzen nur das sind, als was wir sie stets charakterisirt haben, nämlich der sich heuchlerischer Weise volkstümlich und volksfreundlich gebende Schwanz des Nationalliberalismus.

Zu allem Ueberflus können wir noch ein drittes Geständnis einer schönen Seele des Deutschfreisinnigen hinzufügen, welches auf die politische Gesinnungstüchtigkeit dieser uns Socialdemokraten verhältnismäßig politisch nahestehenden Partei ein helles und nicht minder beachtenswerthes Licht wirft.

Das „Berliner Tageblatt“, welches sich gleichfalls in den Dienst der „Freisinnigen Vereinigung“ gestellt hat, sagt:

„Bemerkenswerth sei es, daß neben der freisinnigen Volkspartei und der freisinnigen Vereinigung sich eine dritte Abzweigung bemerklich mache, welche weder von der einen, noch von der anderen etwas wissen wolle. Diese Politiker, welche hauptsächlich in Schleswig-Holstein, in Ostpreußen, in Schlesien und in Bayern und Baden ihren Sitz haben, beschränken sich darauf, einfach sich freisinnig zu nennen, ohne auf jene Schattierungen sich zu verpflichten, die zumeist nur den Temperamentverschiedenheiten (!) der Führer oder auch einem hauptsächlich Kadaveradikalismus ihren Ursprung verdanken.“

Wir lassen genug sein des grausamen Spiels. Was bewiesen werden sollte, haben uns die Deutschfreisinnigen selbst kältest dargethan. Die deutschfreisinnige Partei zeigt sich in vollster Auflösung begriffen und hat sich enthüllt als völlig principienloses, bunt zusammengewürfeltes, nur mit Phrasen zusammen-

geleistertes, durch und durch in Heuchelei verkommenes Anhängel der nationalliberalen Partei.

Das deutsche Volk wird ihnen hoffentlich bei der Wahl zeigen, daß und wie es sie erkannt hat.

Politische Rundschau. Deutschland.

Die Schulen am 15. Juni nicht geschlossen. Zu der auch von uns gebrachten Meldung, daß am 15. Juni, am Tage der Reichstags-Wahlen, sämtliche Schulen geschlossen bleiben sollen, bemerkt die „Post“:

„Ob eine solche Verfügung in anderen Bundesstaaten ergangen ist, ist uns nicht bekannt, für das Königreich Preußen besteht sie nach unseren Informationen nicht. Es ist auch nicht recht ersichtlich, was dazu Veranlassung geben könnte, da die Lehrer auch außerhalb der Schulzeit hinreichend Gelegenheiten haben, ihr Reichstagswahlrecht auszuüben. An einzelnen Anstalten mag wohl der Unterricht ausfallen, weil ihre Räume als Wahllocale benützt werden.“

Die Wahlparole der Conservativen, welche von der „Kreuzzeitung“ wiederholt in Erinnerung gebracht wird, daß auch bei Stichwahlen „kein conservativer Mann für einen freisinnigen oder socialdemokratischen Candidaten seine Stimme abgeben darf“, entloßt der „Post. Ztg.“, die noch immer nicht weiß, nach welcher Seite des Freisinn sich ihr Herz neigen soll, einen Schmerzensschrei. Sie bemerkt:

„Zwischen freisinniger Volkspartei und freisinniger Vereinigung wird kein Unterschied gemacht. Also sollen conservativen Wähler auch dort, wo freisinnige Freunde des Antrages seine etwa mit Socialdemokraten oder Centrumsleuten in die engere Wahl kommen, nicht für den freisinnigen Candidaten stimmen, sondern eher dem Gegner, will jagen dem Gegner der Militärvorlage, durch Stimmenthaltung zum Siege verhelfen, vielleicht auch den militärischen Ultramontanen als das „kleinere Uebel“ ansehen und durch ihre Stimmen unterstützen. Diese „Wahlparole“ der Parteileitung der Rechten wird für die freisinnigen Wähler beider Gruppen vermutlich überwiegend die Wirkung haben, daß sie die Gegenparole ausgeben: Unter allen Umständen gegen die Liberal-Conservativen!“

Ja, wenn nur bei den Freisinnigen beider Schattierungen die Furcht vor den Socialdemokraten noch viel größer wäre, als vor den agrarischen Junkern! Sind es doch immer capitalistische Interessen, die Beide vertreten, wenn die Einzelinteressen auch auseinander gehen.

Wie der Adel zum Volke herabsteigt. Das „Deutsche Adelsblatt“, Organ der etwa 1700 Mitglieder umfassenden deutschen Adelsgenossenschaft, bringt in einem „Der Edelmann als Mitbürger und Volksfreund“ überschriebenen Aufsätze folgende herzerquickende Ausführungen:

Unterhaltung ward aber durch den Beginn des dritten Actes abgebrochen.

Auf einen Wink seines Onkels hatte Ulrich in der Loge Platz genommen und sah von hier aus der Vorstellung zu, welcher die Damen mit der gespanntesten Aufmerksamkeit folgten. Hortense namentlich legte eine so naive Theilnahme an den Vorgängen auf der Bühne an den Tag, schien sie gänzlich zu vergessen, daß es nicht Wirklichkeit, sondern nur schöner Schein war, was sie hier vor sich sah, daß der Beobachter unwillkürlich auf die Vermuthung kam, es sei ihr ein betäubender Genuß noch nicht oft zu Theil geworden.

Nach dem vierten Act fand Ulrich es für angemessen, sich zu empfehlen. Madame d'Arcoart lud ihn zu einem baldigen Besuche ein, was Hortense mit einem bezaubernden Lächeln und Kopfnicken begleitete, der Baron sagte aber:

„Ich bringe ihn Ihnen morgen mit, Madame, unter Verwandten macht man nicht lange Umstände. Ulrich war von Kind an ein Sohn meines Hauses und soll es bleiben. Ich hole Dich morgen ab, Ulrich.“

„Bestimme mir die Zeit, ich kann ja zu Dir kommen, lieber Onkel.“

„Nein, nein, ich hole Dich“, beharrte der Baron. Ulrich kehrte nicht in die Loge zu den Kameraden zurück. Er befand sich in einer Aufregung, in einem Rauhe, wie er Ähnliches noch nicht empfunden; auch als er das Theatergebäude verlassen hatte und

„Um jenen Einfluß zu erlangen, das Vertrauen unserer Mitbürger zu gewinnen, müssen wir uns direct ans Volk wenden, in dasselbe hineingehen; müssen wir zuerst zu ihm kommen, dann wird es auch zu uns kommen. (Wirklich??) Es ist unser großer Fehler gewesen, daß wir bisher viel zu wenig uns um dasselbe bekümmert, (Stimmt auffallend!) für die gute Sache (Was ist diese „gute Sache“?) nicht genug Propaganda gemacht, viel zu wenig gearbeitet und agitiert haben. Wir dürfen das Volk nicht, wie bisher, thatenlos seinem Verderben überlassen, sondern müssen in Zukunft offensiv vorgehen, die Feinde auf ihrem eigenen Gebiete und mit ihren eigenen Waffen bekämpfen.“

Diese modernen Mittel zur Beeinflussung und Gewinnung der Massen sind: Gründung von örtlichen und conservativen Vereinen, aber die volksfreundlichen (Wer lacht da??) Ziele der Conservativen, aufklärende Vorträge und Ansprachen, Benutzung der Großmacht Presse und vor Allem Volksversammlungen.

Alle diese ursprünglich demokratischen, jetzt aber (dies „jetzt aber“ völlig gesetzlich ist unbezweifelbar!) völlig legalen Agitationsmittel müssen auch wir in Zukunft viel ausgiebiger benutzen; sie sind fast die einzige Möglichkeit, um auf die Massen einzuwirken und zum Ohr und Herzen des Volkes zu gelangen.

Das will manchem Aristokraten als seiner unwürdig erscheinen (sehr bezeichnend für den Dummling's „manches Aristokraten!“); dennoch aber ist es unumgänglich zur Wiedererlangung der Volksseele. Das Verfassungsrathrecht ist zur Beteiligungs-pflicht geworden; das Parrenschiff der Zeit und des Parlamentarismus erschordern es unbedingt. Wir dürfen nicht unthätig zusehen, daß unser Volk umkomme und seinen Führern anheimfalle.“

In dieser anmuthigen Komik verläuft das neue Programm des Adels, der am Ende des 19. Jahrhunderts sich zu dem Volke herablassen will, weiter. Der „Edelmann als Mitbürger und Volksfreund“ ist aber schon genügend gekennzeichnet durch die vorstehende kleine Probe. Möge sie unseren Lesern eine heitere Minute bereiten haben!

Wozu kein Geld da ist. Kein Geld ist da für Aufklärung, für productive Ausgaben, für Fortbildungsschulen, für ein Unfallmuseum, für die Verbesserung der Lage unserer kleinen Beamten. Herr Miquel, der Werber für die Militärvorlage, behauptet das Gegentheil, Herr Miquel, der Finanzminister, weiß besser Bescheid, er jagt zum hundertsten Male, daß nur der Militarismus offene Hände findet, während die Culturaufgaben eben ungelöst bleiben.

Die Unterrichts-Commission des preussischen Abgeordnetenhauses hat eine Petition um Aufbesserung der Gehälter der Strafanstalts-Lehrer der Regierung als Material überwiesen. Bei Berathung der Petition gab der Commissar des Finanzministers, Geh. Oberfinanzrath Lehnert folgende Erklärungen ab, die für die Frage der Gehaltserhöhung der Beamten überhaupt von Interesse sind:

„Die Staatsregierung erkenne eine allgemeine Aufbesserung aller Beamtengehälter als nothwendig an, müsse aber wegen Mangels an Mitteln sich

Kamerad. Es thut einer solchen alten Kriegsgurgel wie ich bin, gar zu wohl, solch frisches, junges Blut zu sehen, man meint, man sieht die eigene Jugend. Parbleu!“

„Mein Bruder! Welche Ausdrücke! Quel horreur!“ mahnte die alte Dame.

„Verzeihung, ma soeur“, sagte der Oberst, „ich bin ein alter Soldat, ich habe noch mit bei Waterloo gekämpft, junger Mann“, wandte er sich zu Ulrich, „der Soldat legt die Worte nicht auf die Waagschale und mit dem werden Sie es auch so genau nicht nehmen.“

„Wenn Sie mein Verwandter werden, so werden Sie meinen guten, guten Onkel kennen lernen und ihm die raue Außenseite vergeben!“ flüsterte Mademoiselle Leise und sah Ulrich schüchtern an.

„Hortense, wie kannst Du sogleich so bestimmte Voraussetzungen stellen, weißt Du, ob Herr von Freiberg uns kennen lernen will!“ bemerkte leutzend die Tante.

„Wenn Sie es mir gestatten, werde ich mich sehr glücklich fühlen, die Bekanntschaft fortzusetzen“, beeilte sich Ulrich zu sagen.

„Brav!“ rief der Baron. „An Gelegenheit dazu soll es Dir nicht fehlen. Ich bitte Sie um Erlaubniß, Madame, meinen Neffen bei Ihnen einführen zu dürfen.“

Madame d'Arcoart, an welche die letzten Worte gerichtet waren, verneigte sich zustimmend, jede weitere

die kalte Nachtlust ihn ernüchternd umwehte, vermochte er sich noch nicht ganz in die Wirklichkeit zurechtzufinden.

Auch in der Nähe hatte die Braut seines Onkels ganz den Eindruck naiver, unverstellter Kindlichkeit auf ihn gemacht. Sie hatte zwar nur wenig gesprochen, aber Stimme, Laut und Bewegung, Alles war von einer so übereinstimmenden Natürlichkeit gewesen, wie sie ein Spiel nicht hervorzubringen vermochte. Und diese Erscheinung — nein, das war keine Frau, die schon eine zehnjährige besleckte Vergangenheit hinter sich hatte!

Graf Falkenburg hatte ihn getäuscht, und was seine Cousine anbetraf, so mußte die Angst und der Widerwille vor der Stiefmutter Leontine's sonst klaren Blick und gerechtes Urtheil getrübt haben.

Ulrich verbrachte eine unruhige Nacht. In seinen Träumen sah er sich in einem Ballon durch die Wolken schweben, Hortense an seiner Seite, während Leontine bemüht schien, den Flug des lustigen Fahrzeuges zu hemmen und ihn zur Erde herunter zu ziehen. Er riß sich los und die Fahrt ging mit Hortense weiter, eine aus den Wolken hervortragende Hand, die er als die seines Onkels erkannte, steuerte, aber plötzlich ließ sie los, der Ballon schlug um, mit einem lauten Schrei stürzte Ulrich heraus und erwachte.

(Fortsetzung folgt.)

darauf beschränken, die Gehälter der Unterbeamten und Kanzleibeamten allgemein aufzubessern. Sobald es die Finanzlage des Staates gestatte, soll die solchergestalt begonnene allgemeine Aufbesserung der Beamtengehälter fortgesetzt werden. Die Finanzverwaltung könne es aber nicht für angängig erachten, noch vor der Fortsetzung der allgemeinen Befoldungsverbesserung die Gehälter einzelner Klassen der noch nicht berücksichtigten Beamtenkategorien vorweg aufzubessern, und müsse an diesem Standpunkte auch gegenüber der vorliegenden Petition festhalten. Eine solche vorzugsweise Berücksichtigung einzelner Beamtenklassen werde nur zur Folge haben, daß dadurch wieder anderen Klassen zu berechtigter Unzufriedenheit und Berufungen Anlaß gegeben werde, die dann ebenfalls nicht abgewiesen werden könnten; es würde auf diese Weise ein einheitliches und planmäßiges Vorgehen unmöglich gemacht werden."

So lange das heutige Bismarck-System herrscht, wird die "Finanzlage" es nie erlauben, sociale Politik zu treiben. "Wegen Mangels an Mitteln" wird nur Blut- und Eisenpolitik, die Tausende von Millionen aufzehrt, getrieben werden. Kein Schwamm saugt so leicht und reichlich, wie der Moloch.

Der reha...litierte Fußangel? Wie es im Centrum drunter und drüber geht, wie die Freunde von gestern heute als "Wind-Beutel" behandelt werden (siehe Matuschka), das sehen wir heuer recht deutlich. Aber auch den eben erst Geboykotteten, denen der "Engel des Centrum", Herr Lieber, das Paradiespfortlein ultramontaner Herrlichkeit mit feurigem Schwerte gesperrt hat, blüht nun Heil und Freude. Ueber Fußangel, dem ein offizieller Centrumscandidat entgegen gestellt werden sollte, meldet das amtliche Parteiorgan, die "Germania", vom 1. Juni:

"In einer zu Hagen stattgehabten Versammlung von Centrumswählern des Reichstagswahlkreises Arnberg-Mieschke-Elpe wurde Herr Chefredacteur Fußangel einstimmig zum Reichstagskandidaten proclamirt. Herr Fußangel prädicirte kurz seinen Standpunkt als Centrumsmann und erklärte u. A. unter dem lebhaftesten Beifall der Versammelten, daß er, so lange er dem Reichstage angehören werde, stets gegen jede Vermehrung der Volkslasten, also auch insbesondere gegen Militärvorlagen von der Art der jetzigen, sein Votum abgeben werde. — Es wird ein in der Versammlung beschlossener Wahlauftrag für Herrn Fußangel erscheinen."

Das klingt erstaunlich objectiv und freundschaftlich. Gegen Schorlemer-Akt erklärt dasselbe Blatt: "Selbstverständlich müssen Schorlemer'sche Gegencandidaten gegen Centrumscandidaturen allenthalben und so lange bekämpft werden, als solche an's Tageslicht treten, und wenn Herr von Schorlemer einmal am Berichtigten ist, dann sollte er endlich auch die von der "Köln. Ztg." und anderen Kulturkampfblätter fortwährend wiederholte Behauptung dementiren, daß er die Gegencandidatur seines Sohnes, des Landraths von Neuß, in diesem alten Neuser Stammsitze des Centrum billige, begünstige u. dergl. Wer dem Centrum Wahlkreise entziehen will, ist ein Feind des Centrum, und wer dazu hilft, doch auch. Wir hoffen also auch in dieser Beziehung auf ein baldiges Dementi und wünschen überhaupt ein baldiges Ende aller dieser Wirren!"

Die ultramontane "Reichs-Zeitung" in Bonn schreibt gar:

"Uebrigens trotz alledem und alledem steht der Herr Graf Matuschka in unsern Augen noch höher als Freiherr von Schorlemer. Der Herr Graf giebt doch ehrlich und geradeaus seinen Standpunkt her: Vernichtung des Centrum, von Schorlemer aber behauptet jetzt noch, er stehe auf dem Boden des Centrum und bemüht sich dabei aus allen Kräften, das Centrum zu ruiniren; aber freilich, würde von Schorlemer sich so offen aussprechen wie Graf Matuschka, dann behielte er in Westfalen nur noch eine handvoll katholischer Anhänger."

Trotz alledem aber bröckelt er noch immer nicht, der "feste Thurm" des Centrum!

Ganz verworrene Zustände herrschen im bayerischen Centrum. Ihr Hauptorgan, das "Münchener Fremdenblatt", hört plötzlich zur größten Ueberraschung der Redacteurs und der Partei zu erscheinen auf. Dem Verleger rentirte sich das Blatt der "stärksten Partei des Landes" nicht mehr. Nachdem Hunderttausende vergeblich geopfert wurden und das Blatt trotzdem von Monat zu Monat an Lesern verlor, läßt die erz-katholische Manngesellschaft, der Verlag, das Blatt mitten in der Wahlbewegung eingehen. Da mögen schöne Dinge hinter den Coulissen vorgegangen sein. Mit dem Centrum geht es in Bayern rasend schnell bergab. —

Umgefallen ist nun auch der "große Volksmann" und Antisemitensführer Bödel. Sein Blatt, der "Reichs-herold", veröffentlicht an der Spitze der neuesten Nr. folgendes:

"Wie stehen wir zur Militärvorlage? Die Militärvorlage wird von uns dann bewilligt werden, wenn zu- vor 1) die zweijährige Dienstzeit gesetzlich bestimmt und die dreijährige Dienstzeit der Fußtruppen abgeschafft ist; 2) die Kosten der Militärvorlage nicht vom Volke, sondern von der Börse und den Großcapitalisten getragen werden. Das Volk darf mit keinem Pfennig Steuern mehr belastet werden. Nur weil die Regierung diese zwei Punkte verweigert, stimmten wir dagegen. Dies ist der Standpunkt der antisemitischen Volkspartei."

Damit ist der Unfall Bödels zur eingestandenem Thatsache geworden. Dr. Bödel, dessen Siegesbewußtsein im Schwinden begriffen ist, rechnet offenbar schon mit der Möglichkeit von Stichwahlen. Darum mag er sich das Cartell der Militärfrommen nicht zum Feinde machen und wird selber militärfromm. Auch Dr. Bödel ist zum Feinde übergelaufen, um ihn zu besiegen. Die Furcht vor den Stichwahlen hat den klugen Rechner aus einem antimilitaristischen Saulus in einen bewilligungsgierigen Paulus verwandelt.

Noch im März d. J. hat Dr. Bödel in den Versammlungen seiner Partei geharnischte Resolutionen gegen die Militärvorlage und den deutsch-russischen Handelsvertrag beschließen lassen. So ließ Herr Bödel am 11. März d. J. in Reinheim folgende Resolution annehmen: "1500 in Reinheim versammelte Wähler verurtheilen nach einem Vortrage des Reichstages-Abgeordneten Dr. Bödel entschieden das Vorgehen der Reichsregierung in Betreff der Militärvorlage und des deutsch-russischen Handelsvertrages. Dieselben wünschen dringend eine Umkehr auf dem Wege des "neuen Courses" der zum Ruin des Vaterlandes führen muß". Und am Tage darauf wurde in Briesdorf (Kreis Marburg) beschlossen: "Die heute zu Briesdorf tagende Versammlung erklärt sich nach den Ausführungen des Herrn Georg (Marburg) entschieden gegen die neue Militärvorlage, sowie gegen den deutsch-russischen Handelsvertrag, und bekennet sich voll und ganz zu dem Programm der antisemitischen Volkspartei." Bei der Abstimmung über die Militärvorlage im Reichstage haben dann auch die Abgeordneten Dr. Bödel, Zimmermann und Werner mit "Nein" gestimmt, der Abgeordnete Pickenbach aber, der mit "Ja" stimmte, wurde im Wahlkreise Gießen von der antisemitischen Volkspartei durch einen anderen Candidaten ersetzt.

Fast jede Nummer des "Rein-herold" enthielt allerlei Spottereien über den Militarismus. "Wange machen gilt nicht!" hieß es noch in der Nummer vom 19. Mai. "Das deutsche Volk, das jetzt zu Gericht sitzt, ist es müde, sich von ein Paar Millionären und Streibern, die beim Durchdrücken der Militärvorlage ihren Vortheil suchen, sich an der Nase herumführen zu lassen." — So zürnte Dr. Bödel am 19. Mai, und einige Tage später sitzt er selbst am Tische der "Paar Millionäre und Streiber" und hilft beim Durchdrücken.

Die Wähler werden sich von den tactischen Erwägungen des neuen Durchdrückers hoffentlich nicht fangen lassen und ihm selbst einen gewaltigen Durchfall bereiten. So thöricht sind sie nicht, auf den Humbug der bedingungsweisen Bewilligung hineinzufallen, mit dem auch die Hamburger Antisemiten die Wähler zu täuschen suchen. Ist die Militärvermehrung einmal bewilligt, dann müssen die Kosten beschafft werden und die besitzenden Klassen, zu denen auch heutige Gegner der Vorlage gehören, werden schon dafür sorgen, daß die Masse des Volkes die Last auferlegt erhält. Wenn es sich um ihren eigenen Beutel handelt, sind sie immer äußerst sparsam.

Der Antisemit Bödel als Denunciant. Im Bödel'schen "Reichs-herold" heißt es nach dem Leipziger "Wähler" in einem Marburger Versammlungsbericht: "In das hierauf ausgebrachte Hoch auf Dr. Bödel stimmte die Versammlung begeistert ein. Nur zwei Marburger Socialdemokraten, die Schriftsetzer Bauer und Fischer (in dem Amtsblatt "Oberhessische Zeitung" thätig), klieben dabei sitzen." Die hier gelperrten Worte sind auch im "Reichs-herold" gelperrt. Der Denunciant Bödel hat indessen kein Glück gehabt. Bis jetzt sind die beiden Schriftsetzer noch in ihrer Stellung. Hoffentlich bleibt das so.

Das Wort Gottes. Die "Passauer Ztg." erhält folgendes "Eingekandt": "Hierdurch sei an den hochwürdigsten Bischof die ergebene Anfrage erlaubt, ob es an zuhändiger Stelle bekannt ist, daß im Dom anstatt Predigten, welche das christliche Gemüth erbauen und erheben sollen, Wahlreden gehalten werden, welche auf jedes christliche Herz empörend wirken, wie dieses am Pfingstmontag geschehen ist. Von verschiedenen Seiten, welche dieser Predigt anwohnten, kam uns dieses zu Gehör und wurden wir um die Anfrage erjudt." Wahrscheinlich wird Held Pichler seine eigene Candidatur empfohlen haben im Dom, da er in öffentlicher Versammlung Widerspruch erwarten dürfte, vor dem er im Dom natürlich gesichert ist und desto besser schimpfen

kann auf seine Gegner. Schön ist solches nicht, aber patriotisch praktisch.

Päpstlicher als der Papst ist der bekannte nationalliberale Herr Hammacher. Derselbe will der Regierung noch mehr bewilligen, als der Reichsanzler selbst haben will. Der Vorsitzende des conservativen Vereins für den Wahlkreis Duisburg-Mühlheim, Freiherr von Plattenberg, empfiehlt die Candidatur Hammacher, weil derselbe über den Antrag Quene hinaus, "womöglich für die Bewilligung der ursprünglichen Regierungsvorlage eintreten will." — Diese Nationalliberalen!

Ein echt capitalistisch-niederträchtiges Spiel treibt das aus dem Baare-Fußangel-Streit nicht besonders rühmlich bekannte "Rhein-Westf. Tagebl." in Bochum. Dasselbe giebt genau Namen und Wohnung der dem socialdemokratischen Wahlcomitee angehörenden Mitglieder an. Was das nationalliberale Blatt damit bezweckt, ist unschwer zu errathen. Es giebt damit den Arbeitgebern einen Wink, sich die unbequemen Agitatoren einfach durch Maßregelung vom Hals zu schaffen. Auch der Drucker der socialdemokratischen Flugblätter, Eugen Schored, wird benuncirt.

Hui Teufel! Eines der crassesten Stücke von polizeilicher Behinderung der Wahlzitation wurde der "Münchener Post" aus dem bayerischen Kreise Rosenheim-Tölz gemeldet, wo zu Pfingsten socialdemokratische Flugblätter vertheilt worden waren. Dem Blatte wurde darüber geschrieben: "Es möge noch zur Kenntniß dienen, daß die betreffenden Parteigenossen nicht wegen mangelt an Legimation, sondern speciell wegen Flugblattvertheilung verhaftet wurden. Bürgermeister und Gendarmerie in Rott wußten nicht, daß das Flugblatt vertheilen während der Wahlbewegung frei gegeben ist. Auch die Behandlung der Weiden war eine recht "humane". Sie mußten die ganze Nacht über aneinander geschlossen auf den bloßen Dielen liegen, auf welchen sie außerdem noch wie zwei schwere Brecher fest gekettet waren. Erst Dienstag Mittags 11 Uhr wurden die Weiden nach Wasserburg geliefert, wo der eine, ein Deutscher, sofort entlassen, der andere, einem Oesterreicher, aber eröffnet wurde, daß Bezirksamt Wasserburg beantrage seine Ausweisung aus dem Deutschen Reiche, bis zu welcher Zeit er in Haft bleiben müsse. Am Mittwoch endlich, nachdem der Jagastirte wiederholt vor den Untersuchungsrichter geführt zu werden verlangte und da ihm eine thatsächliche Verbreitung von Flugblättern nicht nachgewiesen werden konnte, nahm das Bezirksamt Wasserburg Abstand von seiner Ausweisung und entließ ihn nach vorher eingezogenen Erkundigungen in Rosenheim. Dies der Wahrheit gemäß. J. M."

Ein außergewöhnlich großer Confusionsrath scheidet selbst unter den Antisemiten der Erfurter Candidat dieser verahlwardteten Partei zu sein. Es ist ein Schneidmeister Namens J. Jacobsstötter. Dieser Mann giebt sich in einem Aufruf schwere Mühe, die Bevölkerung die gute Meinung auszutreiben, die man einmal jeder anständige Mensch von der Socialdemokratie haben muß, mag er unsere Ziele für erreichbar halten oder nicht. Der Aufruf lautet an einer Stelle: "Und in Betreff der Religion sagt das Programm zwar, es sei Privatfache, fordert aber gleichwohl Abschaffung aller Aufwendungen aus öffentlichem Mitteln zu kirchlichen und religiösen Zwecken." Bei den Antisemiten noch mehr solcher schnurriger Räuber haben, wird dem deutschen Volke bis zum Wahltage der Stoff zum Lachen nicht fehlen.

Ein lieber Herr! In einer Festversammlung Dettelbach in Unterfranken sagte, wie die "N. Landes-Zeitung" meldet, Domprediger Dr. Winterstein u. A.: "Wer überhaupt nicht zum Centrum steht, gehört excommunicirt." Dann brachte er einen Toast aus: "Nur die Centrumstreuen lade ich ein, mit einem Hoch auf Seine Heiligkeit auszubringen. Die übrigen Katholiken, die nicht zum Centrum halten, mögen sitzen bleiben, die brauchen keinen Toast auszubringen, auf die pfeif' ich!" Allgemeines Gekraue die Versammlung war sprachlos.

Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung wird treulich durch eine Notiz illustirt, die die "Neue Badische Landeszeitung" über die Pulverexplosion in St. Jagg brachte. Es heißt darin: "Die meisten der verunglückten Arbeiter waren verheirathet. Drei derselben sind hier, einer aus Obermiesau; auch ein pensionirter Lehrer aus Rheinpreußen, der wohl einst bessere Tage gesehen hat, befindet sich darunter. Die "Münchener Volksstimme" bemerkt dazu: Kaum möchte man sein Augen trauen: Ein Lehrer, der vielleicht ein Mensch alter und länger seine Dienste dem Staate Heranbildung der Jugend, des höchsten Gutes

Volk, gewidmet hat, erhält so wenig Pension, daß er zur Fristung des Deficits gezwungen ist, in seinen alten Tagen in die Fabrik zu gehen?

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Der Militarismus frisst den Wohlstand der Staaten auf, so daß für Culturzwecke nichts mehr übrig bleibt. Der ungarische Cultusminister hat einen Erlaß publicirt, wonach in den Schulen Sammelbüchsen angebracht werden sollen, damit der Staat für die mittellosen Kinder Schulraquisiten anschaffen könne. Ist das nicht ein prächtiges Bild des capitalistischen Gegenwartsstaates? — Ganz so wie bei uns!

Frankreich.

Der Constant lauert schon wieder auf einen Ministerposten. Er soll die nächsten Wahlen „machen“, er der Gewaltmensch, der Polizeiherr, der Feind der socialen Demokratie. Wie die Blätter melden, wird Constant in seiner demnächst zu haltenden Wahlrede folgendes Programm aufstellen: Die Republik muß allen, die sich ihr aufrichtig anschließen, offen stehen; die Schaffung eines Gesetzes gegen die Mißbräuche der Presse und eines Gesetzes gegen die Mißbräuche der Arbeiterjuridicate; die Aufrechterhaltung des Schul- und Militärgesetzes unter toleranter Anwendung desselben.

Die Commission der Deputirtenkammer, welche mit der Vorberathung des Antrages beauftragt war, nach welchem der Staat die 50 000 Frs., welche Vlasto seiner Zeit Rouvier für die geheimen Fonds gegeben hatte, zurückzahlen sollte, beschloß mit 4 gegen 3 Stimmen, daß Rouvier selbst diese Summe zurückzahlen habe.

Der bekannte französische Politiker Jules Simon erklärte in einem Interview:

„Heute liegen die Dinge genau so, wie sie damals (1890) standen, und Sie können es laut in alle Welt verkünden: Frankreich will keinen Krieg — weder die Regierung, noch die Kammer, noch die Bevölkerung. Zunächst die Regierung. Was Carnot persönlich anlangt, so ist gar kein Wort darüber zu verlieren. Ich bin ein Freund seines Vaters gewesen und kenne ihn selbst von Kind auf. Ich weiß, daß er an den Krieg nicht denkt und nie gedacht hat. Sein Ministerium muß nothgedrungen von denselben Gesinnungen inspirirt sein, wie er selbst. Aber auch, ganz abgesehen von den Persönlichkeiten, alle fröherischen Gläfte sind mit einer Regierung, wie sie in unserer Republik besteht, unvereinbar. Der Präsident, welcher so ohne weiteres den Krieg erklären wollte, würde seine Stelle riskiren und könnte sich nur im Fall eines glänzenden Sieges behaupten. Die Regierung ist mit inneren Angelegenheiten viel zu beschäftigt, um an die Veranschönerung äußerer Verwickelungen zu denken. Wir haben freilich Macht und Ansehen, die wir 1871 verloren, wieder zurückzubekommen. Aber alles dies durch moralische Mittel, deren wir uns auch weiterhin allein bedienen werden, wenngleich wir jetzt wieder eine Armee haben, die allen übrigen Armeen Europas zum mindesten gleichkommt.“

Was sagen unsere blutrünstigen Chauvinisten zu dieser Darlegung, die ihnen freilich gegen den Strich geht? Hätte Simon von Melinitomben und Bretterbaraden à la Boulanger geredet, schlachteten sie das Interview scharflich für ihre geliebte Militärvorlage aus.

Holland.

Das beste Pulver. Aus Rotterdam wird uns unterm 30. Mai geschrieben:

Gestern fand hier eine öffentliche Versammlung statt mit der Tagesordnung: Die deutschen Reichstagswahlen und ihre internationale Bedeutung. Es wurde einstimmig beschlossen, den Generalrath der socialistischen Partei der Niederlande aufzufordern, im ganzen Königreiche eine Sammlung für den deutschen Wahlfonds zu veranstalten. Eine Teller-Sammlung wurde sogleich veranstaltet.

Ein Bravo den wackeren Arbeitern von Rotterdam! —

England.

Im Unterhause wurde ein von Goldsworthy beantragtes Amendement zum Paragraphen 3, welches die Aufhebung des Postens des Vicelönigs von Irland bezweckte, mit 265 gegen 219 Stimmen abgelehnt. Gladstone hatte das Amendement bekämpft.

„Wilde“ Beschlüsse. Die liberale Frauen-Vereinigung Englands, der Lady Gladstone sechs Jahre

vorstand, hielt unter dem Vorsitz Lady Aberdeens eine Sitzung ab, worin beschlossen wurde, die politische Gleichstellung der Frau zu fordern. Unsere deutschen „liberalen“ Philister zittern vor diesen natürlichen und gerechten Bestrebungen, die sie aus ihrem Dusek ungemüthlich aufstöbern.

Socialisten überall! Auch in Bulgarien beginnen die Staatsmänner bereits sich mit dem Socialismus zu befassen. Es wird nämlich aus Sofia telegraphirt: „Die officiöse „Swoboda“ lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf die in letzter Zeit eifriger entwickelte Thätigkeit der bulgarischen Socialisten; das Organ derselben, der „Progres“, enthält urausgesetzt aufreizende Artikel. Auch zahlreiche geheime Conventikel (!) werden abgehalten.“ — Für unsere bulgarischen Genossen, bemerkt hier der Budapest. „Arbeiter“, ist dieses Zeugniß ebenso schmeichelhaft, wie für uns erfreulich. Die lebenswürdige Absicht der sonderbaren bulgarischen „Swoboda“ (zu deutsch „Freiheit“) und ihrer Patrone macht uns und vermuthlich auch unsere bulgarischen Genossen nicht bange. Die Socialdemokratie ist schon mit ganz anderen Dingen fertig geworden.

Parteiangelegenheiten.

Aus Bühl im Ober Elßaß wird uns mitgetheilt: Am 24. April sollte eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher man die Bedeutung der Wälferei besprechen wollte. Die Behörde erlaubte es nicht. Es wurde dann eine Volksversammlung einberufen, deren Tagesordnung lauten sollte: Die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. Auch diese Versammlung durfte nicht abgehalten werden. Am 30. April, wo die Versammlung habe stattfinden sollen, legten die Wälferei Geröll auf den Gräbern zweier verstorbenen Mitglieder der hiesigen Socialdemokratie je einen Kranz nieder. Die Kränze trugen in braunrothen Buchstaben die Inschriften: „Zur Erinnerung an den 1. Mai 1893“ und „Solidarität“. Die Kränze wurden in der Nacht vom 22. zum 23. Mai von einem Grabschänder gestohlen und auf einen Kirschbaum geschleudert, der 400 Meter von den Gräbern entfernt steht. Das Wort „Solidarität“ war aus der Inschrift herausgerissen, die Buchstaben lagen unter dem Baume auf der Erde. Ueber die intellektuellen Urheber der Grabschändung ist man hier nicht im Zweifel. Schrieb doch ein in Mülhausen erscheinendes katholisches Blatt einige Tage nach der Ueberlegung der Kränze auf den Gräbern ungefähr, wenn einige rechte Männer in Bühl wären, so würden sie die Kränze zum Kuchlof hinauswerfen. Die Anzeige von der Grabschändung ist beim Gemeindevorstand sofort gemacht worden. Wir sind immerhin etwas gespannt darauf, was die Untersuchung für ein Ergebnis haben wird. Daß der behördliche Apparat in festerer Thätigkeit ist, obwohl es sich nur um die Schändung der Gräber von Socialdemokraten handelt, ist natürlich in Bühl selbstverständlich. Als lehrreich aus Bühl ist noch mitgetheilt, daß dem Genossen Michael Böhnen die Wälferei behördlich geschlossen wurde, weil die Genossen bei ihm „Ehungen“ abgehalten haben sollten. Die Wälferei ist heute noch geschlossen. Weiter wird es die Genossen in „A. Deutschland“ eigenthümlich berühren, daß uns die Witze in Bühl am 1. Mai nichts zu trinken geben durften. Alles in allem genommen, kommen wir schlagbringend zu dem Resultat, daß wir nicht Bürger des Deutschen Reichs, sondern Angehörige einer unglücklichen Provinz. Wann werden diese unmettäglichen Zustände ändern?

Auflöslich der jetzigen Wahlbewegung gehen der deutschen Socialdemokratie jeden Tag neue Befandungen des internationalen Solidaritätsgefühls zu, das die klassenbewußte Arbeiterschaft aller Länder mit einander verbindet. Der Generalrath der rumänischen Arbeiterpartei, die erst jüngst auf ihrem von 62 Delegirten besuchten Congreß sich reorganisirte, hat mit den herzlichsten Glückwünschen für den Sieg der deutschen Socialdemokratie zugleich 300 Francs für den Wahlfonds überandt. Das Executio Comité der socialdemokratischen Arbeiterpartei Nordamerikas, das sofort nach Auflösung des Reichstags die deutschen Genossen in Amerika zur Einleitung von Sammlungen für den Wahlfonds angeleitet hat, ist bereits in der Lage gewesen, der deutschen Partei die erste Rate dieser Sammlung in der Höhe von 600 Dollars zu übersenden. Ebenso haben die in der „Union socialiste revolutionaire“ des 6. Pariser Arrondissement vereinigtgen französischen Genossen eine Adresse überandt, worin sie die Einigkeit der französischen Socialdemokratie mit der deutschen im Kampfe gegen den Militarismus, für den allgemeinen Völkerrfrieden betonen und die Hoffnung ausdrücken, der 15te Juni werde die Zahl der socialistischen Reichstags-Abgeordneten ganz gewiss vermehren und zurückwirken auf die Bruderparteien der anderen Länder und diese begeistern zum Kampfe wider den gemeinsamen Feind: den Capitalismus, für das gemeinsame Ziel: die Abschaffung der Ausbeutung der Menschen durch die Menschen! Auch die österreichischen Genossen haben durch ihre Parteiorchestration den deutschen Genossen mit denen sie in guten und bösen Tagen neue Kampfgemeinschaft gehalten haben, die besten Glückwünsche zum Wahlkampf geandt, ein Kampf, der zu führen unseren österreichischen Genossen bisher noch immer verwehrt ist, sodas sie mit doppeltem Interesse unserem Kampfe folgen: In mehr als einem Sinne kämpft Jhr alle auch für uns Deutsche! Zwei Millionen socialdemokratischer Stimmen in Deutschland dürften denn doch auch den Staatsmännern Oesterreichs die Frage vorlegen, ob sie die Macht haben, auf die Dauer einen so richtigen Theil des Reiches mit Gewalt abzuhalten und mundtod: zu machen!

Die deutschen Genossen werden Ihren Dank für diese Sympathiebezeugungen den ausländischen Bruderparteien am besten damit bekunden, daß sie durch ihre unermüthliche Thätigkeit bis zum Wahltag Alles aufbieten, die Hoffnungen unserer Freunde noch zu übersteigen, und so den 15. Juni zu einem Siegestage des internationalen klassenbewußten Proletariats machen!

Berliner Neuigkeiten.

Wegen groben Vertrauensbruches verhaftet wurde der Confectionär K., der in dem Kleidergeschäft von St. in Stellung war, und dem insbesondere oblag, die Arbeiten, die die Firma bei Schneidern ausführen ließ, abzunehmen. Er hat sein Haus in der Weise geschädigt, daß er den Schneidern die Ablieferung größerer Mengen Kleidungsstücke befehligte, als in Wirklichkeit geliefert waren, und sich dann von den Schneidern, die auf Grund der Bücher das Geld an der Kasse erbkelten, den Mehrbetrag auszahlen ließ.

Eine noch nicht aufgeklärte Vergiftungs-Geschichte, durch welche 4 Personen lebensgefährlich erkrankten, beschäftigt gegenwärtig unsere Polizeibehörde. Es wird uns darüber gemeldet:

Anscheinend durch Genuß von verkommenem Fleisch sind 4 Mitglieder der Familie des Möbelschlers Fensch in der Bäckingstraße 24 schwer erkrankt. Am Dienstag Abend hatte sich Frau Fensch bei einem in demselben Stadtviertel wohnenden Fleischermeister K., bei dem die Hausfrau übrigens ihren gesammten Bedarf deckte und bei welchem sie schon seit Jahren kaupte, sogenannte „Knobländer“-Würste geholt, wovon Herr Fensch, die älteste 16jährige Tochter und sie selbst zum Abendbrot mit gutem Appetit aßen. Später kam die 14jährige Tochter, welche mit der Schule eine Landpartie gemacht, nach Hause und auf Bitten des Kindes holte Frau Fensch noch mehrere Paar solcher Würste, wovon ein Theil von dem jungen Mädchen verzehrt wurde. Gegen 10 1/2 Uhr begab sich die Familie zu Bett, gegen Mitternacht jedoch erkrankten die vier Personen, die von den Würsten gegessen, in der bestigsten Weise; bei allen Vierem trat heftiges Erbrechen, sowie Krämpfe auf, so daß die Starnachbaren sofort einen in der Nähe wohnenden Arzt holen ließen, der bei den Patienten Symptome einer starken Vergiftung constatirte und am anderen Morgen, nachdem er durch geeignete Gegenmittel die drohende Lebensgefahr, in welcher sich die Mitglieder der Fensch'schen Familie befunden, beseitigt, die Angelegenheit dem Vorstande des zuständigen 18. Polizeireviers unterbreitete. Die Behörde beschlagnahmte nun sofort bei dem Fleischer K. die noch vorhandenen Knobländer-Würste, doch war nichts nach gechehener Untersuchung zu entnehmen, was den Verdacht einer Vergiftung dieser Waare bestärkt hätte; auffällig ist auch der Umstand, gleichzeitig auch entlassend für den Fleischer K., daß Nebenungen von anderen Personen, die bei demselben am Dienstag Abend Knobländer gekauft, nicht eingetroffen sind, welche darauf schließen lassen, daß die erwähnten Käufer nach dem Genuß der Waare krank geworden sind. Andererseits aber steht fest, daß das 10jährige Töchterchen der F'schen Eheleute, welches an der Mahlzeit nicht theilgenommen, einig und allein gesund geblieben ist, während Eltern und Geschwister erkrankten. Von den durch Frau F. gekauften Knobländern ist noch eine solche Wurst übrig geblieben, die nun von dem gerichtlichen Chemiker untersucht wird. Die beiden Töchter sind bereits wieder hergestellt, während die F'schen Ehegatten sich noch in recht leidendem Zustande befinden.

Der erste Selbstmord von der Kottbuser Brücke aus hat in der verwichenen Nacht stattgefunden. Gegen vier Uhr sah der Schiffer Wollitz von seinem Rahne aus, wie sich eine Frauensperson in die Fluthen stürzte. Er machte sich sogleich an die Rettung, konnte aber nur noch einen Leichnam an das Land bringen. In der Todten ist die 33 Jahre alte unverehelichte Anna Martin, die am Kottbuser Damm 2-3 wohnte, erkannt worden. Dem Selbstmord liegt unglückliche Liebe zu Grunde. Die Martin hatte sich in einen Lieutenant verliebt, der vor einiger Zeit seinen Abschied nehmen mußte. Seit dieser Zeit muß eine Trübung des beiderseitigen Verhältnisses eingetreten sein, sodas die Martin die Lust zum weiteren Leben verlor. Sie legte ihre besten Kleider an, legte sich das Bild ihres Geliebten auf das Herz und ging ins Wasser. In ihrem Zimmer wurde ein Kettel gefunden, auf dem sie hat, sie mit der Kleidung und dem Bildniß zu bedeckenden und ihr ein paar Handschuhe anzuziehen, die der Offizier getragen hatte und in denen sein Name enthalten war.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 5. Juni 1893.

Genossen, vergeßt den Wahlfond nicht!

Zur Wahlbewegung.

Das Wahlcomitee der deutsch-freisinnigen Partei hat für Mittwoch, den 7. Juni, im Saale der „Concordia“ eine große Wähler-Versammlung einberufen. Auf der Tagesordnung stehen Ansprachen des Redacteurs Ehlers und des Candidaten für den Dübepf, Dr. med. Wsch. — Singeladen sind alle freisinnigen Wähler und diejenigen Wähler, welche mit uns stimmen wollen. — Mögen die Genossen dies letztere namentlich berücksichtigen, also nicht als ungeladene Gäste diesen Herren den Saal füllen helfen.

Die Centrumpartei hält Mittwoch, den 7. d. Mts., Abends 8 Uhr, im großen Saale des St. Vincenzhauses eine Wahlversammlung ab. Es werden drei Redner sprechen über die Militärfrage, die kirchenpolitische Lage, die sociale Frage, besonders in Bezug auf den Mittelstand in Handel und Gewerbe, den Arbeiterstand und die Landwirtschaft.

Im großen Saale des Vincenzhauses hielt am Sonntag, den 4. Juni, der Reichstags-Candidat der deutsch-socialen Partei für Breslau-West, Postassistent Paal Schulz aus Frankenstein, einen Vortrag. Für 10 Pfg. Entree — wie bescheiden von Herrn Schulze — hatte man das Vergnügen, im Beisein von noch etwa

200 Anwesenden Herrn Schulze in recht pathetischer Weise sein Programm entwickeln zu hören. Seine Stellung zur Militärvorlage ist die, für die volle Erhaltung und Entwicklung der Wehrkraft des deutschen Reiches einzutreten, jedoch unter Schonung der bereits überlasteten, mittleren und niederen Volksschichten. Die zweijährige Dienstzeit sei zu fordern und die erhöhten Lasten sollen durch neue Steuern aufgebracht werden. Daß ganz besonders die Juden in dem Vortrage des Herrn Schulze nicht gut davorkamen, ist selbstverständlich. Im Großen und Ganzen ist aber anzuerkennen, daß die Versammlung einen ruhigen Verlauf hatte, ganz entgegen dem, was man sonst von antisemitischen Versammlungen sagen muß. Allerdings, die „blonden Urganen“ waren hier nicht im Vollbesitz ihrer Kraft; außer einigen kräftigen Bravos an Stellen, welche die Juden betrafen und dem Absingen des Liedes „Deutschland, Deutschland über Alles“ herrschte feierliche Stille. — Die Hoffnungen der Deutschsocialen auf einen eventuellen Sieg bei der bevorstehenden Reichstagswahl waren, trotz des schlechten Besuches der Versammlung, groß; der 15. Juni aber wird zeigen, daß sie auf Sand gebaut sind, daß die Arbeiter ihre Klagen vollständig begriffen haben und demzufolge für solche Kandidaten eintreten, welche ebenso consequent die Interessen der Ausgebeuteten nach jeder Richtung hin vertreten.

[Krankenkassen.] Die Commission zur Wahrung der Interessen hiesiger Krankenkassen hielt am 2. d. M. im Café restaurant eine Sitzung ab, an welcher außer einer Anzahl Vertreter hiesiger Krankenkassen auch der Director der königl. medicinischen Universitätsklinik, Professor Dr. Karst, theilnahm. Nachdem der Vorsitzende Glagau auf den Beschluß der städtischen Behörden, betreffend die Erhöhung der Verpflegungskosten für erkrankte Kassenmitglieder in den städtischen Kranken-Anstalten, hingewiesen und dem gegenüber das freundliche Entgegenkommen seitens der Verwaltung der königl. Kliniken betont hatte, legte Prof. Dr. Karst die Gesichtspunkte dar, welche für die Verpflegung erkrankter Krankenkassen-Mitglieder in den königl. Kliniken maßgebend seien, und leitete im Weiteren eine Besprechung über Fragen in Bezug auf die Verpflegung ein, die noch einer Klärung bedürfen. Ein Bericht hierüber bleibt vorbehalten. Im Weiteren wies der Vorsitzende darauf hin, daß nunmehr das Verzeichniß der Droguenartikel, deren Verkauf seitens der Regierung freigegeben sei, vorliege. Der Verein schlesischer Droguisten habe sich verpflichtet, nur tadellose, gute Waare zu liefern und einen Rabatt von durchschnittlich 40 pSt. zu gewähren. Auch die in der Commission vertretenen Aerzte hätten gegen das Verzeichniß von Droguen, die eventuell statt von den Apotheken von den Droguenhandlungen bezogen werden könnten, keinerlei Einspruch erhoben. Wenn auch die einzelnen Krankenkassen nicht verpflichtet werden könnten, die betreffenden Waaren aus den Droguenhandlungen zu beziehen, so gebiete ihnen dies doch ihr eigenes Interesse, weil dadurch wesentliche Ersparnisse zu Gunsten der Kasse gemacht werden könnten. Nach einer Besprechung wurde beschlossen, die Commission zum Abschluß des Vertrages mit dem Verein schlesischer Droguisten zu ermächtigen. Zum Schluß brachte der Vorsitzende ein Schreiben der Generaloberin des St. Joseph-Stifts zur Kenntniß der Versammlung, in welchem mitgeteilt wird, daß dieses Krankenhaus in der Regel belegt und nicht im Stande sei, eine bestimmte Zusage, betreffend die Aufnahme erkrankter Mitglieder, zu machen. Soweit indeß Platz vorhanden sei, sollen Kranke aufgenommen und die Verpflegungskosten von Fall zu Fall vereinbart werden.

[Elektrische Straßenbahn.] Die behördliche Genehmigung zur Eröffnung des Betriebes auf der Morgenauer Strecke dürfte erst gegen Ende der nächsten Woche erteilt werden. Nach Eingang der Genehmigung wird der Betrieb zunächst probeweise aufgenommen werden. Die Theilnahme an den Fahrten wird dann Jedermann gegen Zahlung von 10 Pf. freistehen. Die Eröffnung des fahrplanmäßigen Betriebes erfolgt, sobald die Ergebnisse des probeweisen Betriebes dies ansgänglich erscheinen lassen. An dem Zehnpfennig Tarif soll auf jeden Fall festgehalten werden. Der Ausbau der Strecke Sonnenplatz-Scheitnig schreitet rüstig fort. Gegenwärtig ist die Schienenlegung auf dieser Strecke vollendet. Mit dem Spannen der oberirdischen Stromzuführungsdrähte soll alsbald begonnen werden. Man hofft, diese letzte Arbeit binnen zehn Tagen beenden zu können. Es ist daher Aussicht vorhanden, daß die Scheitniger Strecke bald nach der Morgenauer wird eröffnet werden können.

[Residenz-Theater.] Die kleinen Preise machen grade dem kleinen Manne leicht, das Theater häufig

zu besuchen und ist der Besuch der trefflichen Vorstellungen in Folge der billigen Vons-Einrichtung doppelt zu empfehlen. Montag ist die Zugoperette „Lachende Erben“, täglich außerdem Frei-Concert. Dienstag dieselbe Vorstellung und Mittwoch ist bei ganz geringen Preisen 10, 20, 30, 50 Pf. Volks-Vorstellung „Dihello, der Mohr von Venedig“.

[Unfall.] An den Hafenanlagen der Rechte-Ober-Ufer-Eisenbahn hieselbst gerieth in der Nacht vom Freitag zum Sonnabend ein Hilfswächter zwischen die Puffer zweier Eisenbahnwagen und erlitt dadurch den sofortigen Tod.

[Eisenbahnunfall.] Gestern Abend gegen acht Uhr entgleiste, wie uns das königl. Eisenbahn-Betriebsamt (Breslau-Sommerfeld) mittheilt, am östlichen Ende des Bahnhofes Liegnitz aus noch nicht aufgeklärter Ursache eine Locomotive beim Durchfahren einer Kreuzung von Gleisen derart, daß hierdurch beide Hauptgleise gesperrt wurden und Züge weder nach Breslau ausfahren noch in umgekehrter Richtung einfahren konnten. Der Schnellzug 5 von Berlin (soagen. Orient-Expresszug) und der Personenzug 7 erlitten hierdurch einen mehrstündigen Aufenthalt in Liegnitz. Die Reisenden beider Züge konnten erst nach Eintreffen eines Hilfszuges, welcher von Breslau bis zu der gesperrten Stelle heranrückte, und Umsteigen in denselben gegen 12 Uhr Mitternacht von Liegnitz weiter befördert werden. Auch der Nachtschnellzug 2 von Breslau nach Berlin erlitt hierdurch eine Verspätung von etwa 3/4 Stunden, da er auf Bahnhof Spittelndorf das Eingleisen und Beiseitigen der Locomotive abwarten mußte.

[Frequenz im Allerheiligen Hospital.] Am Anfang des Monats Mai hatte die Anstalt einen Bestand von 514 Kranken. Im Laufe des Monats kamen 571 hinzu, so daß im Ganzen 1085 Personen in diesem Zeitraum im Hospital Aufnahme fanden. Da 484 Kranke in dem Monat entlassen wurden, während 82 starben, hatte das Hospital am Ende des Monats eine Zahl von 509 Kranken. An ansteckenden Krankheiten litten und zwar an Diphtheritis 4, an Unterleibstypus 5 und an Masern 16 Personen.

[Sanitätspolizeiliche Revision.] Am Laufe dieses Monats findet die sanitätspolizeiliche Revision der Straßen, Rinnsteine, Schlammsänge u. s. w., sowie sämtlicher Grundstücke, Abort u. s. w. hieselbst statt. Die Grundstücksbesitzer werden seitens des Polizeipräsidiums aufmerksam gemacht, nicht nur für gründliche Beseitigung etwa vorhandener Mängel alsbald zu sorgen, sondern auch den bestellten Revisoren bei ihren Untersuchungen und Anordnungen die allergrößte Bereitwilligkeit entgegenzubringen.

[Alarmirung der Feuerwehr.] Am 2. dieses Monats, Nachmittags 7 Uhr 2 Min., wurde die Feuerwehr nach der Friedrich-Carlstraße 45 gerufen, wo im 4. Stock des Vordergebäudes in einer Wohnung ein Waschtisch, eine Bank, ein Korb und ein Vorhang in Folge von Unvorsichtigkeit beim Kochen auf einem Spirituskocher in Brand gerathen, aber bereits vor der Ankunft der Feuerwehr gelöscht waren. — Am 3. d., Vormittags 10 Uhr 58 Min., wurde die Feuerwehr nach der Elbinsstraße 22 gerufen, wo im Hochparterre des Vordergebäudes in einer Wohnstube ein Küchenschrank durch das Feuer in dem nahestehenden Ofen in Brand gesetzt, aber bereits vor Ankunft der Feuerwehr gelöscht worden war.

[Plötzlicher Todesfall.] Am 1. d. M., Vormittags, wurde eine 54jährige Tischlergesellenfrau in ihrer Wohnung auf der Kleinen Scheitnigerstraße todt aufgefunden. Der hinzugerufene Arzt constatirte Schlaganfall als Ursache des plötzlichen Todes.

[Aylverein für Obdachlose.] In dem Zufluchtsstube Höfchenstraße Nr. 52 wurden im Mai d. J. 145 Männer, 362 Frauen und 114 Kinder, zusammen 621 Personen aufgenommen, während im April d. J. zusammen 756 Personen Aufnahme gefunden hatten. Die Durchschnittszahl pro Tag beträgt 20 Personen; die höchste Zahl war am 28. Mai mit 26 Personen, die niedrigste Zahl am 12. Mai mit 17 Personen erreicht.

[Einbrüche.] Gegenwärtig treibt hierorts ein Bodenkammerndieb sein Unwesen. Am 1. d. Mts. wurden die Bodenkammern mehrerer Häuser auf der Uferstraße erbrochen und Bettwäsche daraus gestohlen. — Aus einer auf der Höfchenstraße gewaltsam erbrochenen Bodenkammer wurden Wäsche, Bettel, Kleidungsstücke und eine Haarkette mit Goldbesatz, g. S. gestohlen.

[Polizeiliche Meldungen.] Gefunden: Eine Gelbbörse mit Inhalt, ein Pincone, ein goldener Dyring, eine Korallen-Halskette, eine Rolle Guttapercha und ein Portemonnaie mit Inhalt. — Verloren: Ein Portemonnaie mit 53 Mark Inhalt, ein

goldener Ring, gez. J. R. 24. 12. 91 und ein Gelbbetrag von 5 Mark in einen weißen Fled eingewickelt. — Gestohlen wurden: Am 1. d. M. einem auf der Kleinen Scheitnigerstraße wohnenden Arbeiter eine Cylinderuhr, einer auf der Neudorfstraße wohnenden Kaufmannsrau ein Topf Fett im Werthe von 16 M.; am 2. d. M. einem Fleischermeister aus seiner Wohnung auf der Zietzenstraße eine silberne Cylinderuhr mit vierreihiger silberner Kette. — Verhaftet wurden am 2. d. M. 29 Personen.

Schlesien.

Münsterberg, 2. Juni. Die gerichtliche Section der Leiche der von dem Missethäter J. van (Garnison Butthen) ermordeten Frau Wihle aus Zugerbezirk, hat ein den Mörder schwer belastendes Resultat ergeben. Die ungewöhnlich starke Schädeldecke der Ermordeten war an zwei Stellen zertrümmert und derselben etwa vierzehn Rippen in Folge der Fußtritte dieser menschliche Bestie zerbrochen worden. Zu verwundern ist nur, daß Frau W. bei vollem Bewußtsein Angaben über den Mörder machen konnte. — In letzter Stadtverordnetenversammlung wurde, die Zustimmung der Ausschussbehörde vorausgesetzt, beschlossen, von den Ueberresten der städtischen Sparkasse pro 1892 in Höhe 6289,19 Mk.: 1) 5400 Mk. zur Verzinsung und Amortisation der Rathhausbau-Anleihe, 2) 500 Mk. zur Beschaffung eines Gutachten über die städtische Wasserleitung und 3) den Rest von 389,19 Mk. zu Pflasterungsarbeiten (Pflasterungsfonds) zu verwenden.

Gleitwitz, 2. Juni. Zur Wasserversorgungsfrage. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung wurde der Antrag Caro, das Wasser nun definitiv aus den Bohrlöchern bei Zawada zu entnehmen, fast einstimmig angenommen. Ein Antrag Jüngst, eine Versorgung aus Petersdorf vorläufig einzurichten, wurde zurückgezogen, bis Oberbürgermeister Kreidel und Sanitätsrath Freund von ihren Verhandlungen mit dem Minister in Berlin zurückgekehrt sind.

Hydau, 3. Juni. Der königliche Förster Bürgel in Jankowitz bei Rybnik, 43 Jahre alt, Vater von sechs Mädchen, der am Mittwoch in Rybnik einige Abmachungen zu besorgen hatte, fuhr so berichtet der „Döschl. Anz.“, am Nachmittag mit seiner Frau nach Hause und stieg kurz vor seiner Erbauung vom Wagen, um das Feld zu besichtigen. Als er kaum 50 Schritte vom Wagen entfernt war, schlug der Blitz in eine Linde und, von dieser abspringend, dem Bürgel in den Hinterkopf, sodaß derselbe sofort todt zusammenbrach. Die alsbald angestellten Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos. Bürgel war früher Flößnermeister in Liebenau, Oberförster der königl. Dombrova, Kreis Oppeln. (Auch in Altberun, Kr. P. ob. ist an demselben Tage ein Mann auf dem Ufer vom Blitz erschlagen worden.)

Aus den Nachbarprovinzen.

Posen, 31. Mai. (Vorkehrungen gegen die Cholera.) Mit Eintritt der wärmeren Witterung haben die hiesigen Behörden die nöthigen Maßregeln getroffen, um bei einem abermaligen Ausbruch der Cholera sogleich gerüst zu sein. Längst der Warte ist die Errichtung von Controlstationen für den Föhrverkehr in Pogorzelle, Schenn, Posen-Starolienka und Schwerin vorgesehen. Auch seitens der Staatsbahn wird an den eventuellen Bau von Choleraabraden für das Beamtenpersonal gedacht. Für die Provinz ist die Errichtung von vier Baracken, und zwar bei Bajritz des Betriebsamtes Breslau in Arnswalde, Saater, Schroda und Ostrovo in Aussicht genommen. Die Uelegenheit köpft allerdings in so fern an Schwierigkeiten, als die Orts-Polizeibehörden die Genehmigung bis jetzt verweigern.

Gerichtliches.

Breslau, 2. Juni. Landgericht. Strafkammer I. — Bigamie. Aus der Untersuchungshaft vorgeführt betrat gestern der Arbeiter Paul Kubat aus Schweidnitz die Anklagebank, um sich wegen des § 171 des Strafgesetzes zu ahnenden Verbrechen der Bigamie zu verantworten. Neben ihm nahm seine auf freiem Fuß befindliche zweite Ehefrau Martha, geb. Neumann, Platz. Kubat hat sich am 11. Februar 1888 im Alter von 24 Jahren vor dem Standesamt zu Schweidnitz mit der in gleichem Alter stehenden Helene Wolff verheiratet. Ein Jahr später verließ er seine Ehefrau und trat nach Königsfeldt. Hier lernte er die 23 Jahre alte Fabrikarbeiterin Martha Neumann kennen und trat zu derselben in nähere Beziehungen, nachdem er ihr vorher die Eheliche zugesichert hatte. Am 1. Juli 1890 ließen sich die beiden unter dem Vorgeben, sie seien bisher ledig, durch das Standesamt zu Waldenburg als Ehegatten eintragen. Wieder ein Jahr später verließ Kubat seine zweite Frau und kehrte nach Schweidnitz zu seiner ersten Frau zurück, wo er auch bis zu seiner Haftnahme verblieben ist. Die mitangeklagte Neumann mußte ausgeben, daß sie gewußt habe, Kubat sei zur Zeit ihrer Eheschließung noch verheiratet, obwohl derselbe ihr vorgerebet hatte, daß die Scheidung bereits eingeleitet sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen Kubat 1 Jahr Zuchthaus und zwei Jahre Ehrverlust, gegen die Neumann aber unter Zubilligung mildernden Umstände 1 Jahr Gefängniß. Das Strafkammer-Collegium beschloß die Strafe gegen Kubat in der beantragten Höhe, die Neumann wurde zu 9 Monaten Gefängniß verurtheilt.

Großoffe Kunert erklärt in einer Zuschrift an die „Volkstags.“ die Meldung, daß er wegen Majestätsbeleidigung zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt sei, für irrig. Ihn sei weder von einer Verurtheilung noch von einem in Magdeburg gegen ihn schwebenden Verfahren etwas bekannt.

Gegen den bisherigen Rechtsanwalt und Reichstagsabgeordneten Dr. Arthur Stadthagen fanden am Donnerstag vor der ersten Strafkammer am Landgericht II zwei verschiedene Verhandlungen an. Die erste betraf ein Vergehen gegen das Verbotsgesetz vom 11. März 1850. Am

Die Resolutionen lauten:

1. Die heute am 4. Juni tagende socialdemokratische Wähler-Verammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht am 15. Juni Mann für Mann für ihren Candidaten der Arbeiter-Partei, Genossen Dr. B. Schönlanf, einzutreten, damit dem arbeitenden Volke eine bessere Zukunft geschaffen werde.

Nachtrag.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heut, Montag, Abends 8 Uhr, Genosse Dr. Schönlanf im Feldschlößchen auf der Michaelisstraße spricht.

Wir brachten in voriger Nummer die Notiz, daß die Bahnverwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn die Beförderung der aufgegebenen Flugchriften verweigert hatte und auch in die Herausgabe derselben nicht einwilligen wollte. Eine an den Eisenbahnminister gerichtete telegraphische Beschwerde hatte den Erfolg, daß die Bahnverwaltung veranlaßt wurde, die Colli heraus zu geben. Das Wahlcomité fand es für gerathen, die Flugchriften nun selbst an Ort und Stelle zu besorgen, und so führen denn einige Mitglieder desselben mit denselben nach den verschiedenen Städten; dort aber war ihre Verweigerung noch größer, denn kaum auf dem Perron angelangt, wurden sie von der Polizei angehalten und die Flugchriften einfach beschlagnahmt, wiewohl man in der schriftlichen Bescheinigung über die Beschlagnahme zugeben mußte, daß eine Verbreitung der Blätter noch gar nicht stattgefunden habe, demnach also von einer Kenntnisaufnahme des Inhalts derselben garnicht die Rede sein konnte. Es liegt auf der Hand, daß die Polizeibeamten an den Bahnhöfen telegraphisch avisirt worden sind, die Schriften zu beschlagnahmen. Wir werden der Sache auf den Grund gehen und hierzu geeignete Schritte thun. Der Inhalt der Flugchriften ist mäßig gehalten, er besagt nichts mehr als unumgänglich notwendig ist bei einer Wahlagitacion, um so mehr muß es uns wundern, daß man solche Schritte gegen uns unternimmt; dieses Mittel wird aber nicht verschlagen, um so eifriger wird die Propaganda für unsere Partei Propaganda machen und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Ueber unseren Candidaten für Breslau-West bringt die „Breslauer Gerichts-Zeitung“ folgende biographische Notiz: Dr. Bruno Schönlanf ist geboren am 16. Mai 1859 zu Mühlhausen i Thür., studirte 1878 bis 1882 auf den Universitäten Berlin, Leipzig, Kiel, Halle a. S. Philosophie, Geschichte und Nationalökonomie. Im Jahre 1882 promovierte er in Halle mit einer Arbeit über: „Hartien und Briefstien, die Begründer des Associationismus in England, die dem widmete, der ihn in die philosophischen Studien einführte, und in dessen Hause er als Student ein- und ausging, dem bewährten Vorkämpfer der Demokratie, Julius Hermann von Kirchmann, dem einzigen Vertreter Breslau's. Schönlanf wirkt seit mehreren Jahren als Schriftsteller und agitatorisch für die deutsche Socialdemokratie. In den Jahren 1883 und 1884 redigirte er in München das erste in Deutschland unterm Socialistengesetz erscheinende centrale Blatt, die „Süddeutsche Post“ und mehrere andere Arbeiterblätter. Von seinen Schriften nennen wir: „Münchener Politische Zustände“ (1883); „Die Hausindustrie im Kreise Sonneberg“ (1884); „Die österreichische Fabrikgesetzgebung“ (1884); „Die wirtschaftlichen Krisen und die Socialreform“ (1886); „Die arbeitende Klasse in Bayern“ (1887). Im selben Jahre erschien sein Buch: „Die Fürtber Quecksilber-Belegen und ihre Arbeiter“. Diese Schrift, die im deutschen Reichstage Gegenstand zu einer eingehenden Debatte war, gab den unmittelbaren Anstoß zu einer durchreisenden Schugmaßregel der bayerischen und der preussischen Regierung. Schönlanf hatte auf Grund sorgfältiger Untersuchungen die durchdringenden Wirkungen der Quecksilbervergiftung dargelegt, denen die Spigelbeleger zum Opfer fallen. Die bayerische Regierung — in Fürtb ist der Brennpunkt der Spigelbeleger-Industrie — sah sich genöthigt, einzugreifen und solche bestimmte Bestimmungen zu erlassen, daß der von Schönlanf über die Steuer des Quecksilberbeleg geforderte unschädliche Silberbeleg heute in Fürtb der Spigel-Metropole, fast unzugänglich eingeführt ist. Schönlanf ist Mitarbeiter an dem von den Professoren Conrab, Legis, Eister in Breslau herausgegebenen „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, worin er die mittelalterlichen Gesellenverbände in Frankreich und Deutschland behandelt. Auch in dem von Conrad, Legis und Eister herausgegebenen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ veröffentlichte er außer mehreren Beiträgen eine große urkundliche Abhandlung: „Zur Geschichte altmärkischer Gesellenwesens“, einen Beitrag zur Arbeiterfrage im Mittelalter. Er gehört zu den Mitarbeitern von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen „Archiv für Socialgesetzgebung und Statistik“, worin er u. a. zwei größere Studien über die Cartelle, die Unternahmerverbände publicirte, und des „Socialpolitischen Centralblattes“. Auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik (Berlin, März 1893), war Schönlanf der Einzige, der in jener mit aller

Entschiedenheit und ohne ernsthaften Widerspruch in den Debatten über die Landarbeiter-Verhältnisse die Aufhebung der Grundbesitzordnung und des Coalitionsverbotes für die ländlichen Arbeiter forderte und begründete. Gemeinsam mit Kautsky gab Schönlanf die bekannte Programmbroschüre: „Grundsätze und Forderungen der Socialdemokratie“ heraus; er behandelte darin die Forderungen der Socialdemokratie an die heutige Gesellschaft.

Vermischtes.

(Eine Probe von Amtsdeutsch) nageln die „Grenzboten“ an ihr „schwarzes Brett“: „Nachdem die für den bisher grundbucherlich (!) noch nicht eingetragenen Grundbesitz der Stadtgemeinde Greiz an Straßen, Plätzen u. s. w., einschließlich des unter Parzelle Nr. 317 des die Flur Greiz inbegriffenen (!) Gölzschflusbettes nebst Brückenüberbau aufgestellten, seitens des hiesigen Gemeindevorstandes anerkannten Folken zur Eintragung in das Grund- und Hypothekendbuch für die Stadt Greiz vorbreitet sind, wird solches mit dem Bemerkten hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß die Entwürfe beregter (!) Folken für Alle, die daran ein Interesse haben, an unterzeichneter Gerichtsstelle zur Einsicht bereit liegen, und werden hierbei zugleich Alle, welche gegen den Inhalt dieser Entwürfe wegen ihnen an den darunter begriffenen Grundstücken etwa ausstehender dinglicher oder aus Protestationen wider Veräußerung und Verpfändung und so die Acte ausschließenden Dispositionsbeschränkungen herzuleitender Rechte etwas einzuwenden haben, aufgefordert, diese Einwendungen bis 22. August bei der Grund- und Hypothekensbehörde anzuzeigen, widrigenfalls dieselben solcher Einwendungen beraubt verlustig gehen werden, daß denselben gegen dritte (?) Besitzer und andere Realberechtigten, welche als solche in das Grund- und Hypothekendbuch eingetragen werden, keinerlei Wirkung beizumessen ist.“ Die „Grenzboten“ bemerken dazu: Wir erlauben uns die Anfrage an das Reichsgericht: Ist der Deutsche gesetzlich verpflichtet, eine solche Scharsprache zu verstehen? Oder kann er sich im Falle eines Processes darauf berufen, daß er diese Bekanntmachung zwar gelesen, aber nicht verstanden habe?

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Arbeiter Wilhelm Mohaupt, ev., und Ottilie Jährisch, verw. Just, kath., ebenda. — Ku-figürner Theodor Thiel, kath., Brüderstraße 50, und Ernestine Schär, ev., Basteigasse 3. — Registrator Julius Münch, Antonienstraße 30, und Anna Pieschmann, kath., Semnargasse 12. — II. Fabrikdirector Friedrich Fästerling, ev., Gjenstochau, und Lisbeth Sauls, ev., Neuborstraße 29. — Schlosser Alfred Fider, kath., Freiburgerstraße 24, und Wilhelmine Präy, ev., Reichstraße 3. — Praktischer Arzt Dr. Emil Eisner, jüd., Rathbor, und Olga Roth, jüd., Zauengartenplatz 12. — III. Reinhold Fischer, kath., Lehmdamm 15, und Christine Knauber, ev., daselbst. Eheschließungen. I. Diener Thomas Jang, kath., Kleinburg, mit Theresia Schubert, kath., hier. — II. Sergeant Josef Wiener, kath., Kleinburg, mit Ida Leschner, ev., hier. — Maurer Robert Scholz, kath., mit Marie Tenzer, kath., hier. — Kaufmann Emil Schloffer, kath., mit Emma Kusche, ev., hier. — III. Arbeiter Gustav Ruppert, ev., mit Anna Lange, geb. Kähler, kath., hier.

Geburten. I. Arbeiter Franz Priypna, kath., S. — Haushälter Gustav Seifert, ev., L. — Tapezierer Felix Lorenz, kath., S. — Schuhmacher Franz Szypyl, kath., S. — Schneidermeister August Schunert, kath., L. — Comptobidner August Kruppe, ev., S. — Brauer Wilhelm Weimann, ev., L. — II. Bremser Franz Kretschmer, kath., L. — Tischler Johannes Wolf, kath., S. — Königl. Landmesser und technischer Eisenbahn-Secretär Wilhelm Hartmann, kath., L. — Tischlermeister Josef Schiller, kath., S. — Stellmacher Carl Scholz, ev., S. — Eisenbahn-Werkführer Arthur Wagner, ev., S. — III. Schuhmachermeister Ernst Kapufe, ev., L. — Kutscher Carl Brier, ev., S. — Schneider Ignaz Wagner, kath., S. — Schneidermeister Josef Gätz, kath., L. — Oberkrankenwärter Maximilian Ritsche, kath., L. — Haushälter Wilhelm Wuttke, ev., S. — Tischler Robert Schnell, ev., L. — Tischler Carl Viertel, ev., L. — Schuhmann Carl Henning, ev., L. — Haushälter Hermann Kynast, ev., L.

Todesfälle. I. Robert, S. des Haushälters Emil Alber, 4 M. — Erich, S. des Formers Wilhelm Reichelt, 11 M. — Emma, L. des Haushälters Johann Herrmans, 1 J. — Arbeiter Heinrich Heumann, 53 J. — Schneider-geselle Franz Perside, 21 J. — Bertha Wütrich, ohne Beruf, 82 J. — Arbeiterfrau Johanna Knebrich, geb. Lauchert, 55 J. — Friz, S. des Schmieds Oswald Kauter, 4 M. — II. Clara, L. des Eisenbahn-Vorarbeiters Paul Feder, 1 J. — Bremser August Emored, 55 J. — Martha, L. des Arbeiters Paul Beck, 5 J. — Carl, S. des Kutschers Friedrich Bay, 1 J. — Eisenbahn-Bureau-Vote Heinrich Ludwig, 56 J. — Anna, L. des Maurers Gottlieb Pirlich, 1 M. — Arbeiterwitwe Juliana Hellmann, geb. Münch, 70 J. — Particularer Julius Seidel, 67 J. — Buchhändler-frau Gebhard Wagner, 40 J. — Emma, L. des Arbeiters Wilhelm, Kaittel, 5 Mon. — III. Bertha, L. d. Kutschers Hermann Peter, 9 J. — Kutscher August Gerlach, 41 J. — Schneider Gottlieb Galler, 44 J. — Georg, S. des Arbeiters Paul Thum, 2 M. — Martha, L. des Arbeiters Wilhelm Lepach, 5 J. — Schloffer Wilhelm Klauewitz, 3 J. — Walthar, S. des Wärmemachers August Burkert, 4 M. — Syriede, L. des Schuhmachers Robert Hämpler, 2 Mon. — Schneidermeister Paul Barthel, 43 J.

Vom 3. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Goldarbeiter Carl Kuntze, kath., Höfchenstraße 72, und verwitwete Marie Timm, geb. Hober, ev., Kautzstraße 17. — II. Lehrer Hugo Gava, ev., Sadowaststraße 10, und Elisabeth Peidert, ev., Fürtstraße 9a. — Lehrer Carl Gaul, ev., Gottesberg, und Emilie Kriens, ev., Victoriastraße 22. — Hilfsbremsler Ernst Dierich, ev., Gleiwitz, und Ernestine Bernick, kath., Palmstraße 42. — III. Schuhmacher Friedrich Schmidt, kath., Enderstraße 21, und Ida Wiedemann, kath., Friedrich-

Wilhelmstraße 29. — Haushälter Paul Neugebauer, kath., Rosenstraße 11, und Vertha Winkler, kath., ebenda. — Kärstner Wilhelm Bernau, kath., Rosenthalerstraße 16, und Martha Ritsche, ev., daselbst. Eheschließungen. I. Kutscher Ernst Horn, ev., mit Pauline Drescher, ev., hier. — Tischlermeister Alfred Baar, ev., mit Gertrud Klose, ev., hier. — Schuhmacher Gustav Schwarzer, ev., mit Emma Ludwig, ev., hier. — II. Schlosser Paul Habich, ev., mit Hedwig Heinze, ev., hier. — Geprüfter Locomotivheizer Franz Herber, kath., mit Emma Geppert, ev., hier. — Drechslermeister Hermann Ruppert, kath., mit Agnes Kriesten, ev., hier. — Maschinenarbeiter Augustin Langer, kath., mit verwitwete Ida Simon, geb. Ede, ev., hier. — Schlosser Eduard Weisk, ev., mit Ernestine Liebzig, ev., hier. — Schuhmachermeister Carl Bieckonka, ev., mit Anna Thomas, altkath., hier. — III. Post-Assistent Albert Mohry, kath., Deutzen O. S., mit Auguste Wlde, kath., hier. — Schuhmachermeister Boleslaus Meymann, kath., mit Anna Sitbale, geb. Klein, kath., hier. — Klempner Otto Hempe, kath., mit Martha Sahn, kath., hier.

Geburten I. Straßenbahnkutscher Wilhelm Bedürftig, ev., L. — Rathsbdiener Heinrich Diple, ev., L. — Kassendiener Carl Hilbert, ev., L. — Kaufmann Bernhard Bode, ev., S. — Schneider Oscar Schobert, ev., L. — III. Kaufmann Maximilian Lorenz, ev., L. — Schlosser Richard Seidel, ev., S. — Conditor Witel, kath., L. — Droschkenbesitzer Wilhelm Ernst, ev., L. — Schlosser Paul Guske, ev., L. — Eisenbahnarbeiter Johann Dehan, ev., L. — Stellmacher August Koszor, kath., S. — Eisenbahn-Bureau-gelhilfe Ernst Schiebel, kath., L. — Schlossermeister Rudolf Krupke, ev., S. — Schlosser Carl Trispel, ev., S. Todesfälle. III. Hermann, S. des Arbeiters Josef Pollack, 1 J. — Schlosserwitwe Caroline Schludewer, geb. Weirauch, 74 J. — Helene Bernberger, ohne besonderen Stand, 17 J. — Siebenhausgenosse, ehemaliger Kellner Carl Hendrich, 65 J. — Droschkenbesitzer Carl Seibel, 62 J. — Tischlerwitwe Johanna Künzel, geb. Wartenberger, 66 J.

Breslau, 3. Juni. (Amtlicher Producten-Börse-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juni 142.00 G., Juni-Juli 142.00 G., September-October 150.00 B. — Hafer (per 1000 Kilogramm) per Juni 156.00 G. — Mühlri (per 100 Kilogramm) —, gelüftet — Str., loco in Qualitäten a 5000 Kilogramm —, per Juni 50.00 B., per September-October 51.00 B. — Spiritus per 100 Lit. (a 100 pSt.) ohne Fabz: excl. 50 und 70 Ml Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abgelaufene Kündigungscheine —, per Juni 50er 56.20 G., 70er 36.20 G.

Breslau, 3. Juni Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 24.00 bis 24.50 M. — Weizen-Sammelmehl per Brutto 100 kg incl. Sack 22.25 — 22.75 M. — Weizen-Mehle per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8.40 — 8.80 M., b) ausländisches Fabrikat 8.00 — 8.40 M. — Roggenmehl fein, per Brutto 100 kg incl. Sack 21.50 — 22.00 M. — Futtermehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9.20 — 9.60 M., b) ausländisches Fabrikat 8.80 — 9.20 M.

Literarisches.

Socialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich M. 2.50). Die soeben erschienene Nummer 35 hat folgenden Inhalt: Die Steuerrelation im preussischen Communabgaben-Entwurf. Von Privatdocent Dr. J. Jatzrow. — Arbeiter-zustände: Arbeitslosigkeit im Canadaw. Von Privatdocent Dr. Karl Oiderberg. — Bergarbeiterverhältnisse in der argentinischen Republik. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Internationaler Bergarbeitercongreß. — Zur Achtstundens-bewegung unter den Bergarbeitern Böhmens. — Unternehmers-verbände: Rheinisch-westfälische Wollgarnspinnereien. — Arbeiterausgesetzgebung: Zur Vorbereitung der gewerblichen Sonntagsruhe im Deutschen Reich. Zur Sonntagsruhe im Handel. Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in Frankreich. — Arbeiterversicherung: Der ärztliche Stand und die Arbeiterversicherung. Von Dr. E. Lange in Berlin-Friedenau. Verbesserungen im Krankenkassenwesen in Heidelberg. — Schulwesen, Unterricht und Erziehungszustände: Zur Aus-stellung in Chicago. — Literatur: Waffelotz, G., Belehrung über den Wucher. Gesamtverband der evangelischen Arbeiter-vereine und evangelisch-socialer Congreß. Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt: heben wir hervor: Aus dem Wahlkampfe. — Erwas Erzählungsliteratur. Besprohen von Eduard Bernstein. — Die Finanzen des Reiches. Von Max Schippel. — Die Rentengütergesetz in Preußen. Von Dr. Rudolf Meyer. (Schluß.) — Notizen: Zum Capitel „Centralisation des Capitais“. — Feuilleton: Die socialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Gern. (Fortsetzung.) Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 11 des 3. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Was ist der Feind? — „Sie“ und „wir“. — Zur Streik der Arbeiterinnen der Wiener Appreturfacorien. — Wogin gehen wir. — Feuilleton: „Je suis envoyé par les notres!“ Eine Episode aus den Junitagen von 1848 zu Paris. Aus dem Russischen des Ivan Turgenew. (Schluß.) — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2609) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Postgelde 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf. Inseratenpreis die zweispaltige Petitzeile 20 Pf. Der heutigen Nummer liegen die vom Magistrat ausgegebenen Wahlbezirks-Eintheilungen bei, denen wir die gehörige Aufmerksamkeit zu widmen bitten.

4. Juli 1891 fand in Rixdorf eine socialdemokratische Versammlung statt, in welcher der Angeklagte einen Vortrag hielt, der am Schluß mit so dröhnendem Beifall belohnt wurde, daß sich der überwachende Gendarm Gerike veranlaßt sah, wegen „Tumults“ die Versammlung aufzulösen. Die aus etwa 600 Köpfen bestehende Versammlung entfernte sich ruhig, obwohl die Berechtigung zur Auflösung sehr fraglich war, nur der Angeklagte blieb noch etwa zwei Minuten auf seinem Platze an dem Vorstandstische auf dem Podium sitzen, um seine Papiere zu ordnen und in seiner Mappo zu verpacken. Zwei Drittel der Anwesenden hatten bereits den Ausgang passiert, als der Gendarm an den Angeklagten herantrat und bemerkte: „Die Aufforderung zum Verlassen des Locals richtet sich an Sie; Sie gehören auch zur Versammlung!“ — worauf der Angeklagte erwiderte: „Was wollen Sie von mir?“ sich aber erhob, seine Effecten unter den Arm nahm und am Eingange des Saales noch warten mußte, bis die Vorstehenden hinaus waren, um ebenfalls aus dem Saale zu kommen. Wegen dieses Verhaltens erkannte das Rixdorfer Schöffengericht am 30. September v. J. auf 15 M. Geldstrafe. Auf die vom Angeklagten eingelegte Berufung kam die Sache vor die Strafkammer. Der Gerichtshof kam zu der Ueberzeugung, daß das Verhalten des Gendarmen, abgesehen von dem Grunde der Auflösung, berechtigt war, denn wollte der Beamte jeden Anwesenden sitzen lassen, so wäre eine Auflösung einfach unmöglich, sie könnte illusorisch gemacht werden. Sei die erfolgt, dann habe eben jeder Anwesende augenblicklich Anstalten zur Entfernung zu machen. Deshalb sei die Berufung zu verwerfen. Der zweite Fall, ebenfalls Berufung, betraf eine Verurtheilung des Angeklagten seitens des Schöffengerichts in Oranienburg wegen Beleidigung des Regierungs-Präsidenten Grafen Hue de Grais und des Berliner Polizei-Präsidenten Freiherrn v. Richtofen. Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe oder — im Unvermögensfalle — 75 Tage Gefängnis. Folgender Excerpt aus dem erstinstanzlichen Urtheile zu Grunde: Am 17. Januar vorigen Jahres hielt der Angeklagte in Zehlendorf bei Oranienburg einen Vortrag, in welchem er unter Anderem verschiedene Gesetzwidrigkeiten, begangen zum Nachtheil seiner Partei, kritisierte, besonders aber das Verbot der Zellerksammlungen durch die Polizeiverordnung vom 7. Januar 1891. In einer zweiten Ausführung während seines Vortrages kam der Angeklagte auf das Beneficium zurück, welches der Verband der Metallindustriellen Berlins dem Polizeipräsidenten von Berlin zur Belohnung von Beamten zur Verfügung gestellt habe, die sich bei der Matzeier besonders hervorgethan hätten. Der Angeklagte hat bei dieser Gelegenheit ausgeführt, daß es ungesetzlich sei, wenn Beamte für ihre Dienstleistungen im Amte von privater Seite Remunerationen annehmen. Zu einer solchen strafbaren Angeklagtheit habe der Polizeipräsident seine ihm unterstellten Beamten angestiftet, indem er denselben die Annahme der Remuneration von 3000 M. erlaubte. Das Urteil des Schöffengerichts wurde sowohl von Seiten des Angeklagten angefochten, wie auch von Seiten der Staatsanwaltschaft, welche eine Geldstrafe für unzureichend und drei Monate Gefängnis für eine allein angemessene Sühne hielt. Nach langen Plaidoyers von Seiten des öffentlichen Anklägers und des Angeklagten entschied der Gerichtshof nach einstündiger Beratung dahin, daß der Angeklagte von der Beleidigung des Regierungspräsidenten freizusprechen sei, denn die Verordnung wegen der Zellerksammlungen ist thatsächlich als unberechtigt aufgehoben worden, dagegen sei die Beleidigung des Polizeipräsidenten eine so schwere, daß die vom ersten Richter erkannte Strafe von 300 Mark gleich 30 Tagen Gefängnis durchaus milde bemessen sei.

Vereine u. Versammlungen.

Töpferversammlung. Sonntag, den 4. Juni, Nachmittags 4 Uhr, tagte in Edlich's Locale zu den „Drei Tauben“, Neumarkt 8, eine gut besuchte öffentliche Versammlung der Töpfer und Bergsgenossen. Auf der Tagesordnung stand: 1. Stellungnahme zum achten deutschen Töpfercongrès; 2. Wahl eines Delegirten und 3. Verabschiedung. Bei Punkt 1 discutirte man des längeren über die bereits angestellte Tagesordnung des Congresses, zunächst über einen event. internationalen Zusammenschluß, welcher von verschiedenen Seiten warm befürwortet und als erstrebenswert betrachtet wurde. Ueber die auf dem Congrès ebenfalls zu erörternde Frage einer Arbeitslosenunterstützung waren die Redner sehr getheilte Meinung. Eine Resolution, welche die Versammlung zum Ausdruck brachte, besagt, daß die Arbeitslosenunterstützung wohl sehr wünschenswert und zu erstreben sei, unter den heutigen miserablen Verhältnissen ist jedoch eine Verwirklichung derselben in centralisirter Weise leicht möglich; der Congrès soll daher ersucht werden, den einzelnen Orten deren Einführung zu überlassen. — Bei einem weiteren Punkte, betreffend die zukünftige Form der Organisation, bemerkte man des mehrfachen, daß die Centralisation im Töpfergewerbe sich nicht bewährt habe. Durch eine Resolution wird verlangt zur alten Form, der Localorganisation, zurückzukehren. Zum Delegirten unter Punkt 2 der Tagesordnung wählte die Versammlung Herrn Neffe. Nachdem bei Verabschiedung noch kleinere Angelegenheiten erledigt fanden, und besonders an die Anwesenden der Appell gerichtet war, der bevorstehenden Reichstagswahl wegen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Große Wähler-Versammlung. Am Sonntag, dem 4. Juni, Vormittags 11 Uhr, fand wiederum eine große Wähler-Versammlung der socialdemokratischen Partei statt, in welcher der Candidat für Breslau-West eine Ansprache hielt. Diesmal wurde sie im großen Saal der Actienbrauerei Wiesner auf der Nicolaistraße abgehalten und gestaltete sich dieselbe zu einer wahrhaft großartigen Kundgebung und Demonstration gegen die herrschenden Klassen. Schon um 10 Uhr war der Saal voll besetzt, aber noch große Scharen von Wählern, nicht nur aus Arbeiterkreisen, sondern auch aus allen Schichten der Breslauer Bevölkerung, Handwerker, Beamte, Lehrer, sowie auch viele Frauen kamen herbeigeeilt, um einmal über die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse, wie sie in Wahrheit in unserem Vaterlande liegen, aufgeklärt zu werden.

Wollen wir nach den beiden vorausgegangenen socialdemokratischen Versammlungen und dieser im Verhältniß zu

den Versammlungen anderer Parteien einen Maßstab anlegen für den Ausfall der Breslauer Wahl, so dürfen wir wohl mit Recht behaupten, daß unsere Candidaten den Sieg davon tragen werden. Eine Begeisterung herrschte in dieser Versammlung, wie man sie sich nicht imponanter vorstellen kann. Nachdem das Bureau constituirt war, in welches die Genossen Kordtke, Man und Alter gewählt wurden, erhielt der Referent das Wort. Derselbe hatte sich diesmal zur Aufgabe gemacht, mit der Partei abzurechnen, die in Breslau die dominierende zu sein vorzieht — der freisinnigen. — Man glaube sich in das Jahr 1887 zurückverlegt, so leitete der Referent seine Rede ein, denn in derselben Weise wie damals würde jetzt wieder der Melinitzschwindel herrschen. Man verfolge dem Volke die Furcht vor den russischen Kosaken und den Franzosen, die das friedliche deutsche Volk überfallen und dem Bauern die letzte Kuh aus dem Stalle holen, einzuslößen. Man erkenne so recht den alten Curs — derselbe haben, nur sei es eine andere Nummer. Der Reichstag von 1887 war ein Angstproduct, wo die Conservativen und Nationalliberalen ihre Kunst bewiesen haben, dem Volke etwas vorgaukeln zu können. Merkwürdig erscheint es, daß gerade immer, wenn der Reichstag mit einer Militärvorlage kommt, das deutsche Reich wackelig geworden ist; sonst hieße es: wir fürchten Gott, sonst nichts; dann aber schreit man: wir sind verloren, wenn man uns nicht so und so viel zehntausend Mann mehr bewilligt. Nun, das deutsche Volk ist nicht mehr so albern, um an den Papas mit den Russen zu glauben, ein Reich, in welchem der Despotismus in seiner schlimmsten Form herrsche, wo alle Cultur umzertraben, das Volk auf das Furchtbare tyrannisiert würde, das könne sich so leicht nicht in einen Krieg stürzen, denn es stehe auf thronernen Füßen. Sollte das Czarenreich es doch wagen, uns den Krieg zu erklären, so würde Deutschland wie ein Mann aufstehen, und den Coloz zerschmettern. Auch Frankreich habe mit sich zu thun und man wolle dort den Krieg nicht, die Arbeiter, Bauern seien friedliebende Menschen, die sich nach dem Kriege nicht schämen, nur die Leichen nach ihm, die nach Abenteuer und Staatsstreichen ausgeben und deren Gabe auch bei uns. Und läme es wirklich zum Kriege, ist da aber nicht die deutsche Armee die beste der Welt? Hat sie nicht die besten Waffen? Oder sollte dieses auf einmal für die Rage sein? Wo bleibt der Dreihund, zu was ist er geschlossen worden, wenn trotzdem die Rüstungen ohne Ende weiter betrieben müßten? Das deutsche Volk müßte es jetzt einmal zeigen, daß es einer solchen Birtchschafft überdrüssig geworden, es handle sich nicht um die Militärvorlage allein, sondern um den furchtbaren Druck, den der Militarismus auf das Volk ausübt. In dem Kampfe gegen den Militarismus stehe die Socialdemokratie ganz allein, das erkläre sich auch aus den wirtschaftlichen Verhältnissen, aus denen die Parteien hervorgegangen seien. Die deutschfreisinnige Partei sei keine Gegnerin des Militarismus, sie sei nicht gegen ein stehendes Heer, sie brauche ein solches nicht nur zum Schutz gegen den äußeren Feind, sondern auch gegen den inneren, darum hatten die Freisinnigen bisher auch alles bewilligt, wenn sie auch versuchten, kleinliche Abstriche durchzusetzen. Im Jahre 1887 hätten sie der Regierung alles das bewilligt, was sie verlangte, bloß anstatt auf 7 Jahre nur auf 3 Jahre. Bei der jetzigen Militärvorlage hätten diese nur ein Kompromißgeschäft vorgeeschlagen, indem sie 30 Millionen an Kosten und 25 000 Mann mehr Truppen bewilligen wollten, eine Zusage, die sich nicht wesentlich von dem ungeliebten Huene's unterscheidet. Der Verdumm geberde sich vor den Wahlen sehr radical, aber wie schnell verdunste der Radicalismus nach diesen. Man dürfe eine Partei nicht nach ihren Worten beurtheilen, sondern nach ihren Thaten, und da zeige diese Partei sich in einem ganz anderen Lichte. Für die Vorlage hätten allerdings nur sechs freisinnige Abgeordnete gestimmt, aber noch Vielen hätte das Herz warm für das Compromiß geschlagen, wie es sich ja bei der Spaltung der Partei klar herausgestellt habe. Könne man sich auf eine solche Partei verlassen? Man könne sie eigentlich in zwei Gruppen einteilen, in die männliche Richter'sche und die weibliche Richter'sche Linie; sie haben sich von Bett und Tisch geschieden, wollen aber doch friedlich zusammenzusehen und nebeneinander kämpfen. — Wie verhalte sich der Freisinn in anderer Hinsicht? Von jeher sei derselbe für die freie Gestaltung des Capitals, des Ortwerthes, für die Freizügigkeit eingetreten, frage man, zu wessen Gunsten, so werde man bald finden, daß es nur gethah, damit die Reichen immer reicher würden, denn die Arbeiter seien dadurch nicht freier, sondern das Opfer des Spießher Concurrenz geworden. Die Freisinnigen hätten auch während dem Culturkampfe bewiesen, darauf wolle er (Redner) die katholischen Arbeiter besonders aufmerksam machen, daß sie den Ausnahmengesetzen nicht abhold seien. Gegen das Jesuiten-Gesetz spräche sich Richter, der Großgebewahrer, nicht offen aus, die Hinterthüren ließen sie sich schon offen, welche Tactik diese Leute überhaupt bei allen Gesetzen beobachteten.

Die Socialdemokraten seien auch keine Freunde der Jesuiten, aber man dürfe sie für sie nicht Ausnahmengesetze schaffen, sondern man müsse sie bestrafen, indem man das Volk aufkläre. Bekannt sei es ja, wie die Freisinnigen sich bei dem Socialistengesetz benommen hätten; 26 Abgeordnete hätten dafür gestimmt und 13 seien abcomman dirt gewesen oder haben den Herdebahn-Anschluß verpaßt. Redner weist im Ferneren darauf hin, daß es den Freisinnigen, die in den Jahren 1882—86 im Landtag mit dem linken Centrum die Mehrheit hatten, ein Leichtes gewesen wäre, das allgemeine Wahlrecht für das preussische Abgeordnetenhaus einzuführen, aber sie wollten sich keinen Hecht in den Karpfenreich legen; sie wollten ihre Schölein für sich heeren. Der alte Biegler habe damals ausgerufen, den Fortschrittler ist der Capitalismus in den Kopf gestiegen, womit er andeuten wollte, daß sie Interessenpolitik verfolgten. — Die Freisinnigen — führte Redner weiter aus — schwärmten dafür, daß der Staat nicht eingreifen solle in die wirtschaftlichen Betriebe, damit wölkten sie ihre Arbeiterfreundlichkeit beweisen, indem sie wähten, glauben machen zu wollen, den Arbeiter frei zu machen. Ist das Freiheit des Arbeiters? Nein, es ist Unagnabe unterworfen ist. Er muß arbeiten, um nicht zu verhungern, und darum oft um jeden Preis. Wir kämpfen gegen ein solches System, weil wir Kämpfer für die Freiheit sind.

Redner entwarf bei dieser Gelegenheit ein gar trostloses Bild der überhand nehmenden Arbeitslosigkeit, der Hundert-

tausende von Arbeitern schuldlos zum Opfer fielen. U was winkt diesen Leuten obenbrein? Das Recht über die bettshaus. Abschließen daran giebt Redner statistische Nachweise über die miserablen Befindungen der weiblichen Handarbeiten, hier in Breslau seien die Frauen und Mädchen Modistinnen, Putzmacherinnen, Nähterinnen zc. besonders schlecht gestellt; nach amtlicher Feststellung brauche ein Mädchen zu ihrem Unterhalt wöchentlich 6,50 M., aber es verdiene nur 3—5 Mark. Auch nach dieser Richtung habe sich der Liberalismus in seiner richtigen Größe gezeigt, indem gegen das Verbot der Frauenarbeit war.

Im Weiteren charakterisirte Referent die Freisinnigen ihrer allzu großen Güte und Freundlichkeit zu den Arbeitern. Die Arbeiter sollten nur zur Selbsthilfe greifen und — nur immer tüchtig sparen — dann würde ihre Lage schon eine bessere werden. Kann der Arbeiter bei den gedrückten Löhnen, bei den so ungünstigen Zuständen noch sparen? Er müßte es sich und der Familie vom Munde absparen, und seine Gesundheit und die der Seinigen auf Spiel setzen. Er habe kaum soviel, daß er davon leben könne, geschweige, daß er noch sparen könnte. — Die Selbsthilfe anlangend, so habe die Arbeiterschaft dieselbe schon angewandt, da sie ja nicht mehr den Schwarz des Freisinn, sondern eine eigene Partei bildet, somit allerdings habe das Mittel Anwendung gefunden, anders aber könne der einzelne Arbeiter sich nicht selbst helfen. Die Freisinnigen riefen nach der Volkshilfe, wenn es gelte, ihre Interessen zu beschützen, wenn die Arbeiter unternehmern willfährig gemacht werden sollten, sie selber aber wollen keine Einmischung des Staates, dagegen wehrten sie sich mit Händen und Füßen. Sobald die Interessen des Capitalismus im Spiele sind, da zeigt sich der Freisinn seiner wahren Gestalt, da zerfällt sich der Mantel ihrer Arbeiter-Freundlichkeit und wir werden von ihm ebenso bekämpft wie von den anderen Parteien.

Die Freisinnigen hätten sich auch als große Votter Patrioten gezeigt. Er (Redner) erinnere an jene Deputirten des Berliner Magistrats am Berliner Hofe, wo sie gerade nicht sehr warm empfanden wurde, wie sie aber doch dem Kaiser ein Geschenk machen zu müssen glaubte, in der Gestalt eines Kunstbrunnens. Der Redner bezeichne die die Schloß freisinnige Angelegenheit. Hier habe sich der Freisinn Sr. Majestät treu ergebene Opposition gekennzeichnet, wie das so gern bei anderen Parteien anführt. Zwischen ihnen und uns sei eine unüberbrückbare Kluft; nur in der Socialdemokratie finde das arbeitende Volk, ob Arbeiter, Handwerker, Beamte, seine Interessen vertreten, habe sie in allen dem Reichstage vorgelegten Gesetzen bewiesen und werde es auch weiter beweisen, und darum, wolle man nicht haben, daß die miserablen wirtschaftlichen Zustände weiter bestehen, sondern gehoben werden sollen, dürfe man nicht säumen, am Wahltage seine Schuldigkeit zu thun. Es genüge aber nicht, wenn sie seine Stimme abgibt, sondern man müsse wirken in Freund und Bekanntenkreisen, ein Jeder müsse mindestens ein Wähler mit zur Urne führen. In Breslau müsse die Socialdemokratie ausgehört werden, der Wahlkreis West-Breslau müsse Kampfe geführt werden bis auf Messer, denn gelte, der Ausbeutung ein Halt zuzurufen, ein Halt, das herrschenden Klassen erzittern mache!

Der überaus zahlreiche Besuch der Versammlung, die Begeisterung, die darin herrschte, lasse ihn zuversichtlich hoffen, daß wir siegreich hervorgehen würden, der Sieg gelte aber nicht ihm, sondern der Socialdemokratie, die die arbeitenden Klassen aus dem Joch des übermächtigen Capitalismus befreien werde. — Brauender Beifall durchröhmte den Saal der nicht enden wollte. — In der Discussion meldete Herr Dr. med. Sachs von der freisinnigen Volkspartei, müsse zugeben, führte dieser aus, daß die Socialdemokratie Arbeiter politisch aufkläre, sie zum Denken bringe, hinsichtlich ihrer Fürsorge für die Arbeiter könne er doch nicht zugeben, daß sie nur allein den Arbeitern Hilfe bringen könnte. Die Freisinnigen hätten auch schon Vieles für sie gethan. Hinsichtlich der Ausführungen des Referenten beitrete er, daß die freisinnigen Abgeordneten im Stande gewesen wären, das allgemeine Stimmrecht durchzuführen. Auch bezüglich des Jesuitengesetzes wäre Dr. Schoenlant im Unrecht, freisinnigen Zeitungen seien offen gegen das Gesetz aufzutreten. — Der Referent habe erwähnt, der Arbeiter könne nicht sparen, erwieien sei es aber durch die Spartassenbücher, daß es doch möglich sei. Er wolle nur wissen (bei diesen Worten erhob sich ein Heiterkeitssturm), ob diese kleinen Sparsamkeiten auch von der Socialdemokratie eingegeben werden würden.

In Betreff des Socialistengesetzes hatte Dr. Sachs zu geben müssen, daß 26 Freisinnige für dasselbe gestimmt haben, nur von den 13 Abcomman dirteten wollte er nicht wissen. Genosse Schoenlant entgegnete dem Herrn Dr. Sachs, daß er für ihn am besten Propaganda gemacht habe, er sei ihm dafür eigentlich dankbar. Herr Sachs habe durch seine Rede nur das eine bewiesen, daß er die grundlegenden Werke der socialdemokratischen Literatur entweder nicht studirt oder nicht richtig aufgefaßt habe, denn sonst könnte er nicht möglich hinsichtlich der Socialdemokratie das anführen, was er vorgebracht habe. Schoenlant bewies Herrn Sachs, daß statistisches Material, daß es mit den Ersparnissen der Arbeiter-Bendückung nicht so weit her sei und daß da, wo sie stattfänden, sie unter Auserlegung der größten Entbehrungen ziele werden möchten. In Bezug die auf Thätigkeit des Freisinn für die Arbeiterschaft, für die Culturentwicklung wies Redner auf die Unthätigkeit dieser Partei im Landtage was hätten sie gethan für die Eisenbahnbeamten gegen die Entlassungen von Bahnarbeitern zc. oder für die Volkshulle? Man werde schon zu unterscheiden wissen, welche Partei die Interessen der Arbeiterschaft ringt, und welche die Brecherin einer Cultur-Entwicklung sei, durch welche die arbeitende Menschheit zur Freiheit gelangen werde, aus der Scham und Finsterniß. Nach einer nochmaligen Erwiderung des Herrn Dr. Sachs, sprach noch Herr Kaufmann Schulz als Gegner, der sich gerade nicht sehr parlamentarisch ausdrückte bediente, und dieserhalb nach Gebühr vom Referenten abgefertigt wurde, alsdann wurden folgende Resolutionen verlesen, die mit allen gegen 3 Stimmen — der Gegner angenommen wurden und darauf die Versammlung vom Vorsitzenden mit einem dreifachen donnernden Hoch die internationale Socialdemokratie geschlossen.

Die Resolutionen lauten:

1. Die heute am 4. Juni tagende socialdemokratische Wähler-Versammlung erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und verspricht am 15. Juni Mann für Mann für ihren Candidaten der Arbeiter-Partei, Genossen Dr. V. Schoenlant, einzutreten, damit dem arbeitenden Volke eine bessere Zukunft geschaffen werde.

Nachtrag.

Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß heut, Montag, Abends 8 Uhr, Genosse Dr. Schönlant im Felschloßchen auf der Michaelisstraße spricht.

Wir brachten in voriger Nummer die Notiz, daß die Bahnverwaltung der Oberschlesischen Eisenbahn die Beförderung der aufgegebenen Flugschriften verweigert hatte und auch in die Herausgabe derselben nicht einwilligen wollte. Eine an den Eisenbahnminister gerichtete telegraphische Beschwerde hatte den Erfolg, daß die Bahnverwaltung veranlaßt wurde, die Colli herauszugeben. Das Maglcomité fand es für gerathen, die Flugschriften nun selbst an Ort und Stelle zu besorgen, und so fuhren denn einige Mitglieder desselben mit denselben nach den verschiedenen Städten; dort aber war ihre Uebertragung noch größer, denn kaum auf dem Perron angelangt, wurden sie von der Polizei angehalten und die Flugschriften einfach beschlagnahmt, wiewohl man in der schriftlichen Bescheinigung über die Beschlagnahme zugeben mußte, daß eine Verbreitung der Blätter noch gar nicht stattgefunden habe, demnach also von einer Kenntnisaufnahme des Inhalts derselben garnicht die Rede sein konnte.

Ueber unseren Candidaten für Breslau-West bringt die „Breslauer Gerichts-Zeitung“ folgende biographische Notiz:

Dr. Bruno Schoenlant ist geboren am 16. Mai 1859 zu Mühlhausen i Thür., studirte 1878 bis 1882 auf den Universitäten Berlin, Leipzig, Kiel, Halle a. S. Philosophie, Geschichte und Nationalökonomie. Im Jahre 1882 promovierte er in Halle mit einer Arbeit über: „Hartley und Priestley, die Begründer des Associationismus in England, die er dem widmete, der ihn in die philosophischen Studien einführte, und in dessen Hause er als Student ein- und ausging, dem bewährten Vorkämpfer der Demokratie, Julius Hermann von Kirchmann, dem einjährigen Vertreter Breslau's. Schoenlant wirkt seit elf Jahren als Schriftsteller und agitatorisch für die deutsche Socialdemokratie. In den Jahren 1883 und 1884 redigirte er in München das erste in Deutschland unterm Socialdemokraten erscheinende centrale Blatt, die „Süddeutsche Post“ und mehrere andere Arbeiterblätter. Von seinen Schriften nennen wir: „Münchener Polizei-Zustände“ (1883); „Die Hausindustrie im Kreis Sonneberg“ (1884); „Die osterreichische Fabrikgesetzgebung“ (1884); „Die wirtschaftlichen Krisen und die Socialreform“ (1886); „Die arbeitende Klasse in Bayern“ (1887). Im selben Jahre erschien sein Buch: „Die Fürther Quecksilber-Verlegen und ihre Arbeiter“. Diese Schrift, die im deutschen Reichstage Gegenstand zu einer eingehenden Debatte war, gab den unmittelbaren Anstoß zu einer durchgreifenden Schuhmacherelei der bayerischen und der preussischen Regierung. Schoenlant hatte auf Grund sorgfältiger Untersuchungen die schädlichen Wirkungen der Quecksilbervergiftung dargelegt, denen die Spiegelbeleger zum Opfer fallen. Die bayerische Regierung — in Furcht vor dem Brennpunkt der Spiegelindustrie — sah sich genöthigt, einzugreifen und solche scharfe Bestimmungen zu erlassen, daß der von Schoenlant an Stelle des Quecksilberbelegs geforderte unschädliche Silberbeleg heute in Furcht der Spiegel-Metropole, fast durchgängig eingeführt ist. Schoenlant ist Mitarbeiter an dem von den Professoren Conrad, Lexis, Eister in Breslau herausgegebenen „Handwörterbuch der Staatswissenschaften“, worin er die mittelalterlichen Gesellenverbände in Frankreich und Deutschland behandelte. Auch in den von Conrad, Lexis und Eister herausgegebenen „Jahrbüchern für Nationalökonomie und Statistik“ veröffentlichte er außer mehreren Beiträgen eine große urkundliche Abhandlung: „Zur Geschichte altbairnbergischen Gesellenwesens“, einen Beitrag zur Arbeiterfrage im Mittelalter. Er gehört zu den Mitarbeitern des von Dr. Heinrich Braun herausgegebenen „Archivs für soziale Gesetzgebung und Statistik“, worin er u. a. zwei größere Studien über die Cartelle, die Unternehmerverbände publicirte, und des „Socialpolitischen Centralblattes“. Auf der Generalversammlung des Vereins für Socialpolitik (Berlin, März 1893), war Schoenlant der Einzige, der in seiner mit aller

Entschiedenheit und ohne ernsthaften Widerspruch in den Debatten über die Landarbeiter-Verhältnisse die Aufhebung der Gefindeordnung und des Coalitionsverbotes für die ländlichen Arbeiter forderte und begründete. Gemeinam mit Kautsky gab Schoenlant die bekannte Programmschüre: „Grundzüge und Forderungen der Socialdemokratie“ heraus; er behandelte darin die Forderungen der Socialdemokratie an die heutige Gesellschaft.

Vermischtes.

(Eine Probe von Amtsdeutsch) nageln die „Grenzböten“ an ihr schwarzes Brett: „Nachdem die für den bisher grundbücherlich (!) noch nicht eingetragenen Grundbesitz der Stadtgemeinde Greiz an Straßen, Plätzen u. s. w., einschließlich des unter Parzelle Nr. 317 des die Flur Greiz inbegriffenen (!) Gölzschlößchens nebst Brückenüberbau aufgestellten, seitens des hiesigen Gemeindevorstandes anerkannten Folien zur Einschreibung in das Grund- und Hypothekeneuch für die Stadt Greiz vorbereitet sind, wird solches mit dem Bemerkten hierdurch öffentlich bekannt gemacht, daß die Entwürfe bereiter (!) Folien für Alle, die daran ein Interesse haben, an unterzeichneter Gerichtsstelle zur Einsicht bereit liegen, und werden hierbei zugleich Alle, welche gegen den Inhalt dieser Entwürfe wegen ihnen an den darunter begriffenen Grundstücken etwa ausstehender dinglicher oder aus Protestationen mit Veräußerung und Verpfändung und so die Acte ausschließenden Dispositionsbeschränkungen herzuleitender Rechte etwas einzuwenden haben, aufgefordert, diese Einwendungen bis 22. August bei der Grund- und Hypothekenbehörde anzulegen, widrigenfalls dieselben solcher Einwendungen berechtigt verlustig gehen werden, daß denselben gegen dritte (?) Besitzer und andere Realberechtigten, welche als solche in das Grund- und Hypothekeneuch eingetragen werden, keinerlei Wirkung beizumessen ist.“ — Die „Grenzböten“ bemerken dazu: Wir erlauben uns die Anfrage an das Reichsgericht: Ist der Deutsche gesetzlich verpflichtet, eine solche Schar Disprüche zu verstehen? Oder kann er sich im Falle eines Processes darauf berufen, daß er diese Bekanntmachung zwar gelesen, aber nicht verstanden habe?

Standesamtliche Nachrichten.

Vom 2. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Arbeiter Wilhelm Mohaupt, ev., und Ottilie Fabrich, verm. Just, kath., ebenda. — Kustigärtner Theodor Thiel, kath., Bräuerstraße 50, und Ernestine Schär, ev., Balteigasse 3. — Registrator Julius Münch, Antonenstraße 30, und Anna Pletschmann, kath., Seminargasse 12. — II. Fabrikdirector Friedrich Festerling, ev., Gensschau, und Elisabeth Sauly, ev., Neuvorstraße 29. — Schlosser Alfred Ficker, kath., Freiburgerstraße 24, und Wilhelmine Präh, ev., Reichstraße 3. — Praktischer Arzt Dr. Emil Eisner, jüd., Rathbor, und Olga Roth, jüd., Tauenhagenplatz 12. — III. Reinhold Fischer, kath., Lehndamm 15, und Christine Knauber, ev., daselbst. — Gheschließungen. I. Diener Thomas Jany, kath., Kleinburg, mit Theresia Schubert, kath., hier. — II. Sergeant Josef Btner, kath., Kleinburg, mit Ida Teichner, ev., hier. — Maurer Robert Scholz, kath., mit Marie Tenzer, kath., hier. — Kaufmann Emil Schlotter, kath., mit Emma Rusche, ev., hier. — III. Arbeiter Gustav Ruppert, ev., mit Anna Lange, geb. Kaiser, kath., hier. — Geburten. I. Arbeiter Franz Brizyna, kath., S. — Haushälter Gustav Seifert, ev., L. — Tapezierer Felix Lorenkel, kath., S. — Schuhmacher Franz Szcyguel, kath., S. — Schneidermeister August Schunert, kath., L. — Comptoldiener August Kruppe, ev., S. — Brauer Wilhelm Weimann, ev., L. — II. Bremser Franz Kretschmer, kath., L. — Tischler Johannes Wolf, kath., S. — Königl. Landmesser und technischer Eisenbahn-Secretär Wilhelm Hartmann, kath., L. — Tischlermeister Josef Schiller, kath., S. — Stellmacher Carl Scholz, ev., S. — Eisenbahn-Werkführer Arthur Wagner, ev., S. — III. Schuhmachermeister Ernst Kapuze, ev., L. — Kutscher Carl Brier, ev., S. — Schneider Janak Wagner, kath., S. — Schneidermeister Josef Gzisz, kath., L. — Oberkrankenwärter Maximilian Eische, kath., L. — Haushälter Wilhelm Wätfte, ev., S. — Tischler Robert Schnell, ev., L. — Tischler Carl Bierel, ev., L. — Schuhmann Carl Henning, ev., L. — Haushälter Hermann Kynast, ev., L. — Todesfälle. I. Robert, S. des Haushälters Emil Alber, 4 W. — Erich, S. des Formers Wilhelm Reichelt, 11 W. — Emma, L. des Haushälters Johann Herrmans, 1 J. — Arbeiter Heinrich Heumann, 53 J. — Schneider-geselle Franz Persike, 21 J. — Bertha Wüstrich, ohne Beruf, 82 J. — Arbeiterfrau Johanna Knebrich, geb. Tauchert, 55 J. — Fritj, S. des Schmieds Oswald Kaiser, 4 W. — II. Clara, L. des Eisenbahn-Vorarbeiters Paul Feder, 1 J. — Bremser August Twored, 55 J. — Martha, L. des Arbeiters Paul Best, 5 J. — Carl, S. des Kutschers Friedrich Bay, 1 J. — Eisenbahn-Bureau-Vote Heinrich Ludwig, 56 J. — Anna, L. des Maurers Gottlieb Birkich, 1 W. — Arbeiterwitwe Juliane Hellmann, geb. Wöndch, 70 J. — Particulier Julius Seidel, 67 J. — Buchhändlers-frau Gerhard Wagner, 40 J. — Emma, L. des Arbeiters Wilhelm, Knittel 5 Mon. — III. Bertha L. d. Kutschers Hermann Peter, 9 J. — Kutscher August Gerlach, 41 J. — Schneider Gottlieb Galler, 44 J. — Georg, S. des Arbeiters Paul Thom, 2 W. — Martha, L. des Arbeiters Wilhelm Lepach, 5 J. — Schlosser Wilhelm Klauswitz, 32 J. — Walthar, S. des Schuhmachers August Burkert, 4 W. — Erriede, L. des Schuhmachers Robert Hämsler, 2 Mon. — Schneidermeister Paul Barthel, 43 J.

Vom 3. Juni.

Heiraths-Ankündigungen. I. Goldarbeiter Carl Kuntke, kath., Höfchenstraße 72, und verwitwete Marie Timm, geb. Bober, ev., Rautzstraße 17. — II. Lehrer Hugo Hays, ev., Sadowastraße 10, und Elisabeth Beckert, ev., Flurstraße 9a. — Lehrer Carl Gaul, ev., Gottesberg, und Emilie Arlens, ev., Victoriastraße 22. — Hilfsbrenner Ernst Dietrich, ev., Gleiwitz, und Ernestine Berners, kath., Palmstraße 42. — III. Schuhmacher Friedrich Schmidt, kath., Enderstraße 24, und Ida Wiedemann, kath., Friedrich-

Wilhelmstraße 29. — Haushälter Paul Neugebauer, kath., Rosenstraße 11, und Bertha Winkler, kath., ebenda. — Kürschner Wilhelm Bernau, kath., Rosenthalerstraße 16, und Martha Ritsche, ev., daselbst.

Gheschließungen. I. Kutscher Ernst Horn, ev., Liebau, mit Pauline Drecher, ev., hier. — Tuchappretur Alfred Baar, ev., mit Gertrud Klose, ev., hier. — Schuhmacher Gustav Schwarzer, ev., mit Emma Ludwig, ev., hier. — II. Schlosser Paul Hablich, ev., mit Hedwig Heinze, ev., hier. — Geprüfter Locomotivheizer Franz Herden, kath., mit Emma Seppert, ev., hier. — Drechslermeister Hermann Ruppelt, kath., mit Agnes Kriesten, ev., hier. — Maschinenarbeiter Augustin Langer, kath., mit verwitwete Ida Simon, geb. Ede, ev., hier. — Schlosser Eduard Weisk, ev., mit Ernestine Liebig, ev., hier. — Schuhmachermeister Carl Wiczonka, ev., mit Anna Thomas, altkath., hier. — III. Post-Assistent Albrt Mohry, kath., Beuthen O. S., mit Auguste Wiede, kath., hier. — Schuhmachermeister Boleslaus Keymann, kath., mit Anna Sitbale, geb. Klein, kath., hier. — Kienpner Otto Hempel, kath., mit Martha Hahn, kath., hier.

Geburten I. Straßenbahnkutscher Wilhelm Bedürftig, ev., L. — Rathsbdiener Heinrich Diple, ev., L. — Kassen-dienstler Carl Filbert, ev., L. — Kaufmann Bernhard Bode, ev., S. — Schneider Oscar Schobert, ev., L. — III. Kaufmann Maximilian Lorenz, ev., L. — Schlosser Richard Sidel, ev., S. — Conditor Bötzel, kath., L. — Droßkfen-besitzer Wilhelm Ernst, ev., L. — Schlosser Paul Guste, ev., L. — Eisenbahnarbeiter Johann Debnj, ev., L. — Stellmacher August Koschor, kath., S. — Eisenbahn-Bureau-gehilfe Ernst Schiedel, kath., L. — Schlossermeister Rudolf Trupke, ev., S. — Schlosser Carl Trispel, ev., S.

Todesfälle. III. Hermann, S. des Arbeiters Josef Pollack, 1 J. — Schlosserwitwe Caroline Schludwender, geb. Weirauch, 74 J. — Helene Bernberger, ohne besonderen Stand, 17 J. — Siechenhausgenosse, ehemaliger Kellner Carl Hendrick, 65 J. — Droßkfenbesitzer Carl Seibel, 62 J. — Tischlerwitwe Johanna Künzel, geb. Wartens-berger, 66 J.

Breslau, 3. Juni. (Amtlicher Producten-Preise-Bericht). Roggen (per 1000 Kilogramm) per Juni 142.00 G., Juni-Juli 142.00 G., September-October 150.00 B. — Hafer (per 1000 Kilogramm) per Juni 156.00 G. — Kübbel (per 100 Kilogramm) — gekündigt — Str., loco in Qualitäten à 5000 Kilogramm — per Juni 50.00 B., per September-October 51.00 B. — Spiritus per 100 Ltr. (à 100 pSt.) ohne Faß: excl. 50 und 70 M Verbrauchsabgabe, gef. — Str., abge-laufene Ründlungsscheine — per Juni 50er 56.20 G., 70er 36.20 G.

Breslau, 3. Juni Breslauer Mehlmarkt. Weizen-Ausgangsmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 24.00 bis 24.50 M. — Weizen-Semmelmehl per Brutto 100 kg incl. Sac 22.25 — 22.75 M. — Weizen-Kleie per Netto 100 kg in Käufers Säcken a) inländisches Fabrikat 8.40 — 8.80 M., b) ausländisches Fabrikat 8.00 — 8.40 M. — Roggenmehl fein per Brutto 100 kg incl. Sac 21.50 — 22.00 M. — Futter-mehl, per Netto 100 kg in Käufers Säcken: a) inländisches Fabrikat 9.20 — 9.60 M., b) ausländisches Fabrikat 8.80 — 9.20 M.

Literarisches.

Socialpolitisches Centralblatt, herausgegeben von Dr. Heinrich Braun (Carl Heymanns Verlag in Berlin, vierteljährlich Mk. 2.50). Die soeben erschienene Nummer 35 hat folgenden Inhalt:

Die Steuerrelaxation im preussischen Communabgaben-Entwurf. Von Privatdocent Dr. J. Jastrow. — Arbeiter-zustände: Arbeitslosigkeit im Canaonau. Von Privatdocent Dr. Karl Oldenborg. — Bergarbeiterverhältnisse in der argentinischen Republic. — Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung: Internationaler Bergarbeitercongreß. — Zur Achtstundens-bewegung unter den Bergarbeitern Böhmens. — Unternehmervereine: Rheinisch-westfälische Wollgarnspinnereien. — Arbeitergesetzgebung: Zur Vorbereitung der gemeinlichen Sonntagstuge im Deutschen Reich. Zur Sonntagstuge im Handel. Regelung der Frauen- und Kinderarbeit in Frank-reich. — Arbeiterversicherung: Der ärztliche Stand und die Arbeiterversicherung. Von Dr. E. Lange in Berlin-Friedenau. — Verbesserungen im Krankenkassenwesen in Heidelberg. — Schulwesen, Unterricht und Erziehungsfragen: Zur Aus-stellung in Chicago. — Literatur: Pfaffenroth, G., Belehrung über den Wucher. Gesamtverband der evangelischen Arbeiter-vereine und evangelisch-socialer Congreß.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. H. W. Diez' Verlag) ist soeben das 36. Heft des 11. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Aus dem Wahlkampfe. — Einiges Erzählungsliteratur. — Besprohen von Edward Bernstein. — Die Finanzen des Reiches. Von Max Schippel. — Die Rentengütergesetze in Preußen. Von Dr. Rudolf Meyer. (Schluß). — Notizen: Zum Capitel „Centralisation des Capitais“. — Feuilleton: Die socialen Zustände im römischen Reich vor dem Einfall der Barbaren. Von Dr. Paul Ernst. (Fortsetzung.)

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Suntzart, J. H. W. Diez' Verlag) ist uns soeben die Nr. 11 des 3. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Wir ist der Feind? — „Sie“ und „wir“. — Zum Streik der Arbeiterinnen der Wiener Appreturwerkstätten. — Wohin gehen wir. — Feuilleton: „Je suis envoyé par les notres!“ Eine Episode aus den Zuntagen von 1848 zu Paris. Aus dem Rasischen des Swan Lurgénew. (Schluß). — Arbeiterinnen-Bewegung. — Kleine Notizen.

Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1892 unter Nr. 2609) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 35 Pf.; unter Kreuzband 35 Pf. Inseratenpreis die zweispaltene Petitzeile 20 Pf.

Der heutigen Nummer liegen die vom Magistrat ausgegebenen Wahlbezirks-Eintheilungen bei, denen wir die gehörige Aufmerksamkeit zu widmen bitten.

